Jahresbericht:
vom 01.01.2010 – 31.12.2010 zur Vorlage bei der Stadt Köln, Amt für Soziales und Senioren

Kölner Beratungsnetz

Arbeitslosen Bürger Centrum Höhenhaus

caritas für köln

eCHO engagiert in CHOrweiler

DER PARITÄTISCHE PARISOZIAL KÖLN

Vingster Treff Bürgerzentrum Vingst

KÖLNER ARBEITSLOSEN ZENTRUM E.V. KALZ

FRAUEN gegen Erwerbslosigkeit e.V.

Veedel e.V. Gemeinwesenarbeit in Köln

KELLERLADEN e.V.

Lindweiler Treff

in Kooperation mit

Stadt Köln

Index

	Seite
Einleitung	**3**
Köln in Zahlen	**3**
Politik der Bundesregierung – Hartz V – Gesetzgebung	**4**
Köln – Praxis vor Ort	**4- 5**
Das Beratungsnetz in eigener Sache unterwegs in Köln	**5- 8**
Erläuterungen zur Konzeption der Arbeitslosenberatung	**8- 9**
Erläuterungen zur Auswertung der Statistik	**9-10**
Statistische Zahlen	**10-14**
Einzelauswertung **Berichte aus den Beratungsstellen und –zentren**	**15-37**
Angebote des Beratungsnetzes 2010	**38**

Einleitung

Der vorliegende Bericht ist ein Ergebnis des Beratungsnetzwerks bestehend aus acht Trägern, die von der Stadt Köln auf Basis eines vom Rat am 10.02.2009 beschlossenen Gesamtkonzepts beauftragt sind, als Arbeitslosenberatungsstelle oder– zentrum ihre Arbeit für erwerbslose und sozial benachteiligte Menschen im gesamten Stadtgebiet Köln durchzuführen.
Neben einer Darstellung und Auswertung der Gesamtstatistik aller erhobenen Beratungsdaten der Träger enthält der Bericht auch eine Einzelauswertung jedes Trägers über seine Arbeit sowie eine Kommentierung der Politik der Bundesregierung –Hartz IV Gesetzgebung und der Köln Praxis vor Ort. **Für das Beratungsnetzwerk war es ein sehr bewegtes krisengeschütteltes Jahr – von Kürzungsankündigungen in 2010 bis hin zur angekündigten Streichung der Förderung und der ausgeschriebenen Zahl „Null" im Haushaltstitel** für das Jahr 2011. Durch Öffentlichkeitsarbeit wie Pressegespräche und einer Beteiligung an der Aktion „Kölner gestalten Zukunft" konnte eine ungekürzte städtische Förderung und eine Absichtserklärung für eine weitere Förderung durch die Stadt Köln in 2011 zur Absicherung des Beratungsangebotes in Köln erreicht werden. – **Doch dann kam alles anders!** Die Landesregierung NRW schrieb die Förderung von Beratungsstellen und -zentren für 2011 – 2012 aus.

Köln in Zahlen

In Köln leben zurzeit ca. über eine Million Menschen. Die Großstadt ist eine bunte, multikulturelle Stadt, 16,9 % der EinwohnerInnen haben eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit und 31,4 % der EinwohnerInnen haben einen Migrationshintergrund.
Köln hat insgesamt 531.197 Haushalte, in 97.185 Haushalten leben Kinder, 25.102 davon sind Alleinerziehend. 265.587 KölnerInnen leben in Singlehaushalten.[1]

Zum Ende des Jahres 2010 waren in Köln 86.957 Menschen arbeitsuchend, davon **49.294 arbeitslos** gemeldet, die Arbeitslosenquote betrug insgesamt 9,5% (Männer 10% / Frauen 9 % / 18,5% ausländische MitbürgerInnen, Ü 50 20,9%).

11.122 arbeitslose Menschen bezogen **ALG I**, die ARGE Köln betreute ca. **115.500 Menschen, rund 83.300 davon waren erwerbsfähige Hilfebedürftige und ca. 32.000 Menschen erhielten Sozialgeld**. Die ARGE Köln war Ende des Jahres für insgesamt 61.150 Bedarfsgemeinschaften zuständig.[2]
Rund 31.000 Kinder im Alter bis zu 14 Jahren leben in ca. 18.000 Bedarfsgemeinschaften. Von den insgesamt 61.164 Bedarfsgemeinschaften sind ca. 10.000 Alleinerziehende, über 90% davon sind alleinerziehende Frauen.
Der Anteil der MigrantInnen im ALG II Leistungsbezug liegt bei über 35%.
In 2010 haben 4.651 ALG II Leistungsbezieherinnen und –bezieher an AGHs (Arbeitsgelegenheiten) mit Qualifizierungsanteil und ca. 672 an AGHs ohne begleitende Qualifizierung teilgenommen.

[1] Amt für Statistik, Stadt Köln, 2009
[2] Agentur für Arbeit Köln, Statistik ,Berichtsmonat Dez. 2010

Politik der Bundesregierung - Hartz IV - Gesetzgebung

Mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil am 09.02.2010 wurde die Bundesregierung beauftragt die Bemessung des Existenzminimums transparent, sach- und realitätsgerecht auf der Basis verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsgrundlagen neu zu berechnen.

Aus der veränderten Berechnungspraxis auf der Grundlage der untersten 15% statt wie vorher 20% der Einpersonenhaushalte als Referenzgruppe ergab der neu berechnete Regelsatz für alleinstehende Erwachsene eine Erhöhung von 5,- €.
Für die Kinder waren niedrigere Regelsätze ermittelt (zwischen 2 und 12 €) worden, die jedoch nicht zu einer Kürzung führen sollen.
Nach großem politischem Druck waren bereits im Sommer 2009 die Regelsätze für Kinder von 6 bis 14 Jahren deutlich erhöht worden. Bis Ende 2010 lagen die Änderungen im SGB II im Vermittlungsausschuss des Bundesrates.
Die Berechnung des neuen Existenzminimums wurde von den Sozialverbänden unverzüglich kritisiert und die Berechnung in Frage gestellt. Die von den Landesverbänden der Diakonie in Auftrag gegebene unabhängige Studie kam zu dem Ergebnis, dass ein Regelsatz in Höhe von 433,- € statt 364,- € ein menschenwürdiges Existenzminimum definiert.
Wie unter Rot-Grün wird auch unter Schwarz-Gelb die Festlegung des Existenzminimums zum politischen „Geschacher“, sehr zum Leidwesen der betroffenen Menschen.
Neben der Regelsatzdebatte ist über das Kabinett der Arbeitsministerin das gesamte SGB II neu überarbeitet worden, jedoch zum 1.1.2011 noch nicht in Kraft getreten.

Die gesellschaftlichen Folgen dieser Politik zeigen sich, wie auch in 2009, in einer Ausbreitung des Niedriglohnbereichs und der Teilzeittätigkeiten, der befristeten und geringfügigen Jobs, „Aufstocker“ im ALGII - Armut trotz Arbeit, Kinderarmut durch zu niedrige Regelsätze - auch wenn über einen fest definierten Niedriglohn politisch gestritten wird.

Zumindest ist es gelungen, die Umstrukturierung der ARGEn zu Jobcentern zum 01.01.2011 in Kraft zu setzen.

Köln - Praxis vor Ort

Für die erwerbslosen Menschen hat sich von 2009 zu 2010 wenig verändert. Allein in 2010 gab es 14.109 neue Verfahren vor dem Sozialgericht, mehr als ein Drittel davon zu Leistungen im SGB II.

Nach wie vor beklagen die Menschen im ALG Bezug, dass sie zu Beginn ihrer Arbeitslosigkeit nicht unverzüglich einen Termin bei ihren ArbeitsvermittlerInnen in der **Agentur für Arbeit** erhalten um zeitnah weitere Schritte planen und einleiten zu können, über ihre Rechte nicht aufgeklärt, Fragen nach Qualifizierung oft abgewehrt oder in Maßnahmen zugewiesen werden ohne vorherige Abklärung, was sinnvoll ist im individuellen Einzelfall.

Die Organisationsstruktur der **ARGE** in Köln ist nach wie vor unzureichend. Es wird von den Menschen als Kunden gesprochen, die Behörde definiert sich sprachlich als Dienstleister, jedoch zeigt die Praxis:

- nach wie vor schwierige telefonische und persönliche Erreichbarkeit der ARGE-MitarbeiterInnen – ein großes Problem bei Mittellosigkeit und existentiellen Notlagen
- Niedrigschwelligkeit (siehe Leitlinien zur sozialen Stadt Köln) durch Terminvergabe und mit hohen Hürden versehene Antragstellung nicht gegeben
- Mangelhafte Aus- und Weiterbildung der ARGE-Mitarbeiterschaft (SGB II, Kenntnisse über den sozialen Hintergrund der Zielgruppen) – daher standardisierte Anwendung von Fördern und Fordern, oft mangelhaft bearbeitete Anträge und falsche Bewilligungsbescheide, hohe Zahl stattgegebener Widersprüche und Sozialgerichtsverfahren
- immer noch und immer wieder Verschwinden von Unterlagen (Akten/Post)
- Standardisierte Arbeits- / Weiterbildungs- / Maßnahmeangebote, die nicht passgenau für den individuellen Einzelfall gewählt wurden
- Repressiver Umgang mit den Ratsuchenden
- Verschuldung der Ratsuchenden durch nichttransparente, falsche und/oder verspätete Anrechnung von Erwerbseinkommen
- Verstärkte Aufforderungen zum Umzug wegen zu teurer Wohnungen bzw. Weiterleitung der an die Fachstelle Wohnen/Fachdienst Senkung der KdU im Amt für Soziales und Senioren

Diese bereits im Jahresbericht 2009 aufgegriffenen Problemfelder wurden u.a. auch in einem Arbeitskreis der ARGE und des Beratungsnetzes im ARGE-Beirat sowie in den Kontakten zum Kundenreaktionsmanagement der ARGE im Sinne einer lösungsorientierten Vorgehensweise thematisiert.

Die Kontakte und Kommunikation mit dem **Sozialamt** werden, vor allem von den Arbeitslosenzentren in den sozialen Brennpunkten, als überwiegend positiv, unterstützend und lösungsorientiert beschrieben.

Das Beratungsnetz in eigener Sache unterwegs in Köln

Am 15. April 2010 stellten Frau Mages/Vingster Treff und Frau Wenner/Kölner Arbeitslosenzentrum die Arbeit des Beratungsnetzes anhand der Dokumentation 2009 im Ausschuss für Soziales und Senioren vor und warben für die Weiterfinanzierung auch in 2010.
Das Kölner Beratungsnetz hat in 2010 über Öffentlichkeitsarbeit (am 06. Juli 2010 gab es im Veedel e.V. eine Pressekonferenz, in der Folge einen Brief an den Rat der Stadt Köln) und durch Teilnahme an verschiedenen Aktionen gegen den Sozialabbau demonstriert (u.a. an den Terminen, an denen der Rat der Stadt Köln tagte, am 13. Juli und am 14. September 2010 vor dem Rathaus und später an der DGB Demo) und um den Erhalt der Erwerbslosenberatung in Köln gekämpft. Oberstes Ziel der Stadt Köln, betonte OB Roters auf der Abschlusskundgebung auf dem Alter Markt,

sei vorhandene Strukturen zu erhalten und nicht zu zerschlagen. Gerade für kleine Träger ist dies von großer Bedeutung.

Der Interessensbekundung zur Förderung der zukünftigen Erwerbslosenberatung und der –zentren durch politischen Beschluss der Rot-Grünen Landesregierung mit Finanzierung über Landes/ESF-Förderung ab dem 01.01.2011 folgten die Träger des Beratungsnetzes und erhielten noch zum Ende des Jahres einen Förderungsbescheid.

Jedoch kam es zu einer neuen Förderstruktur von Trägern: Echo Chorweiler verlor seine Förderung als Beratungsstelle und wird nun in 2011 über kommunale Mittel finanziert. Das BFMF (Begegnungs-und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V.) bekam eine Beauftragung als Arbeitslosenzentrum und wird zukünftig das Beratungsnetz erweitern. ABC Höhenhaus und Frauen gegen Erwerbslosigkeit erhielten eine parallele Finanzierung von Personal – und Sachkosten als Erwerbslosenberatungsstelle und Arbeitslosenzentrum.
Die Stadt Köln stellt - zumindest für das Jahr 2011 - nach Beschluss des Ausschusses für Soziales und Senioren am 10.02.2011 durch entsprechende Förderung den Großteil der vom Land geforderte Kofinanzierung der Beratungseinrichtungen sicher.

Brief an den Rat der Stadt Köln zu den geplanten Kürzungen:

Köln, den 28.06.2010

KÖLNER ARBEITSLOSENBERATUNG
EXISTENZIELL GEFÄHRDET
Kürzung der Finanzierung für die Arbeitslosenberatungsstellen und –zentren in 2010 und STREICHUNG DER MITTEL ab 2011

Sehr geehrte/r

die aktuellen Kürzungspläne der Stadt Köln gefährden unsere Arbeit massiv - und sind ein eklatanter Verstoß gegen die Zusage der Stadt „soziale Strukturen erhalten zu wollen“.

Schon die Kürzungen im Jahr 2010 um 12,5 % trifft alle Träger von Arbeitslosenberatungsstellen und - zentren hart! Der geplante Wegfall der Förderung ab 2011 ist skandalös und trifft die acht Arbeitslosenberatungsstellen und –zentren

(ABC Höhenhaus, ECHO Chorweiler, Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V., Kölner Arbeitslosenzentrum – KALZ e.V., Kellerladen, Lindweiler Treff, Veedel e.V., Vingster

Treff) frontal – und völlig überraschend. Ab 2011 soll es nach den Vorstellungen des Sozialdezernats keine Mittel für das unabhängige Beratungsangebot für arbeitslose Menschen mehr geben.

Obwohl Mitte April 2010 die Arbeit der Arbeitslosenberatungsstellen und –zentren im Sozialausschuss vorgestellt (siehe Jahresbericht 2009 des Kölner Beratungsnetz) und parteiübergreifend die Notwendigkeit und weitere Förderung dieser Arbeit

anerkannt wurde, scheut die Verwaltung nicht diesen gravierenden Einschnitt und damit die Zerstörung von jahrelang gewachsenen Strukturen vorzunehmen!
Das geschieht in einer Zeit, in der durch konjunkturelle Schwankungen die Arbeitslosenzahlen mal höher oder niedriger sind, Köln von diesem Thema jedoch massiv betroffen ist.

Angesichts der Kürzungen auf Bundes- und Landesebene, die gerade Arbeitslose besonders hart betreffen und eine Zunahme der Notlagen von arbeitslosen und armen Menschen erwartet werden kann, darf diese Vorgehensweise nicht seine Fortsetzung auf kommunaler Ebene finden - diese Menschen benötigen eine unabhängige Beratung und Unterstützung!

Arbeitslosigkeit ist heute der wesentlichste Indikator für Verarmung, weil bei fehlender Perspektive auf dem Arbeitsmarkt die Existenzsicherung weder für eine materiell noch für eine sozial würdevolle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben reicht. Die sich daraus ergebenden Probleme und Konflikte sind eine Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens, für den Einzelnen führen sie häufig zu physischen und psychischen Erkrankungen, Ausgrenzung, Isolation, Angst, Versagens- und Minderwertigkeitsgefühlen, Sucht, Schulden – um nur einige zu nennen.

Unsere Beratungsstellen mit ihrem breit aufgestellten Angebot, basierend auf Freiwilligkeit, Vertraulichkeit und Unabhängigkeit haben durch sachkundige Information und hohe Fachlichkeit im Einzelfall und für die Kommune eine gute Arbeit geleistet. So konnten durch die vielfältigen Angebote der Einrichtungen die Folgen von Arbeitslosigkeit vorbeugend
vermieden und/oder verbessert und Handlungsfähigkeit wieder hergestellt werden. Ein Wegfall der Beratungsstellen und –zentren bedeutet für erwerbslose Menschen eine weitere Verarmung ihrer sozialen Kontaktmöglichkeiten, fehlende wichtige Unterstützung bei der Entwicklung ihrer beruflichen Perspektiven sowie ein weiterer Anstieg von psychischer Mehrbelastung.
Damit dienen die Beratungsstellen und –zentren dem sozialen Frieden in unserer Stadt, welcher nur durch einen gemeinsamen politischen und gesellschaftlichen Konsens gefördert und gewährleistet werden kann.

Sollte der Kölner Rat den Verwaltungsvorschlag umsetzen, hätte dies zur Folge, dass es zu drastischen Einschränkungen in der Arbeitslosenberatung bis hin zur Schließung ganzer Beratungsstellen kommen würde. Die Existenz kleinerer Träger,

die zusätzlich in anderen Arbeitsgebieten Kürzungen von 7,5% bis 25% kompensieren müssen, ist akut bedroht.

Die Träger finanzieren die Beratungsarbeit durch die Mittel weiterer Förderer und durch Eigenmittel. Kommt es zu der angekündigten Streichung der kommunalen Förderung drohen im „Dominoeffekt" auch weitere Dritt- und Eigenmittel nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Wir appellieren dringend an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung den Kürzungsvorschlag in der Abstimmung zu korrigieren, damit in Köln für die arbeitslosen Menschen auch weiterhin ein offenes, niederschwelliges und qualitativ hochwertiges Angebot als unverzichtbarer Teil der sozialpolitischen Angebotsstruktur bestehen bleibt.

Wir bitten Sie den sozialen Frieden in der Stadt Köln bei Ihrer Entscheidung im Auge zu haben und sich für den Erhalt der Arbeitslosenberatungsstellen und –zentren einzusetzen. Lassen Sie es nicht zu einer kompletten Streichung der Fördermittel kommen.
Zerschlagen Sie kein gut funktionierendes Netzwerk.

Für Ihre Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hedel Wenner
Geschäftsführung KALZ e.V

Beate Mages
Vingster Treff, Bereichsleitung

Erläuterungen zur Konzeption der Arbeitslosenberatung

Seit Einstellen der finanziellen Förderung der Beratungsstellen – und zentren durch das Land NRW zum 30.09.2008 hat die Stadt Köln die kommunale Förderung des bestehenden Beratungsnetzes, bestehend aus vier Arbeitslosenberatungsstellen und vier Arbeitslosenzentren in unterschiedlicher Trägerschaft, übernommen.

Ziel war es, das flächendeckende bestehende Angebot der Träger weiter zu erhalten, um Menschen in besonders prekären Lebenssituationen in den Stadtbezirken und „Veedeln" Kölns ein niederschwelliges Angebot für Hilfen und Beratung zur Verfügung zu stellen. Ein Angebot, welches über viele Jahre den Menschen im rechtsrheinischen und linsrheinischen Köln zur Verfügung stand, konzeptionell stetig weiterentwickelt wurde, sollte nach Einstellen der finanziellen Förderung nicht ersatzlos gestrichen werden.

Die Situation in den verschiedenen Stadtbezirken und Stadtteilen, in denen die Träger des Beratungsnetzes tätig sind, ist geprägt von den jeweils spezifischen Strukturmerkmalen im Stadtteil bzw. Sozialraum. Diese Unterschiede in den verschiedenen Stadtvierteln erfordern differenzierte oftmals niederschwellige Angebote für die Menschen, die dort leben, jeweils ausgerichtet an den spezifischen Ausprägungen und sozialen Problemlagen vor Ort.

Das Beratungsnetzwerk hat daher eine Konzeption für die Arbeit in den Beratungsstellen und -zentren im Jahre 2008 erarbeitet, die der Beauftragung durch die Stadt Köln zugrunde liegt. In dieser Konzeption haben die acht Träger, die seit vielen Jahren einen Beitrag als aktive Kooperationspartner im örtlichen Hilfesystem leisten, sowohl die veränderten Rahmen- und Leistungsbedingungen als auch ihre Beratungsgrundsätze, Leitgedanken ihrer Arbeit und die vielfältige Arbeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen dargestellt.

Die acht Einrichtungen sehen Arbeitslosigkeit als gesellschaftlich strukturell bedingt und nicht individuell verschuldet. Sie betrachten die Ratsuchenden als aktive Akteure ihres eigenen Lebens, denen eine respektvolle und auf Augenhöhe stattfindende Beratung geboten wird und deren Interessen parteiisch vertreten werden.

Ziel ist die Verbesserung der Lebenssituation der Rat suchenden Menschen, die Vermeidung weiterer sozialer Ausgrenzung, der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und die Hinführung zum und Integration in den Arbeitsmarkt. Das Angebot ist ganzheitlich und niederschwellig ausgerichtet, „Hilfe zur Selbsthilfe“ und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stehen im Vordergrund der Arbeit. Die Einrichtungen arbeiten im Verbund, sie treffen sich regelmäßig im Quartal im Arbeitskreis ‚Armes Köln’, um sich über Inhalte und Synergieeffekte ihrer Arbeit auszutauschen. Jede Institution unterhält enge Kontakte zu anderen Einrichtungen im Sozialraum und weit darüber hinaus, es besteht eine gute Vernetzung und Kooperation.

Vernetzung, enge Zusammenarbeit mit verschiedenen sozialen Akteuren, gute Kenntnisse über lokale Beratungsstrukturen betrachten die acht Einrichtungen als wesentlich für ihre Arbeit.

Erläuterungen zur Auswertung der Statistik

Die statistische Auswertung der Beratungsdokumentationsbögen aller Beratungsstellen und -zentren erfolgt anhand einer im Jahre 2009 neu erstellten Datenbank. Diese Datenbank steht nach längeren Abstimmungsprozessen seit Anfang September 2009 für alle Einrichtungen zur Verfügung und teilt sich in drei Bereiche auf.

Die Eingaben sind anonym und nicht auf einzelne Personen zurückzuführen.

Einige **Besonderheiten** und **Regeln** sind bei der **Eingabe** zu beachten:

- In einem ersten Teil (A-Teil) erfolgt die Erhebung zu Daten der Kontaktaufnahme, dazu gehören Angaben zur Art des Kontaktes (Kurz-, Erst-, Folgekontakt) und Angaben zum Zugang (telefonisch, persönlich, per E-Mail). Diese Felder müssen

- von allen Beratungsstellen und –zentren verpflichtend ausgefüllt werden, ansonsten ist eine weitere Daten-Eingabe nicht möglich.

- Im B-Teil werden personenbezogene Daten erfasst, soweit eine Erfassung möglich ist und die Daten im Beratungsgespräch erhoben werden können. Dies gilt, in Absprache mit der Stadt Köln, insbesondere für die Eingabe der Daten der Arbeitslosenzentren. Auch bei telefonischen Anfragen ist die Datenerhebung nur sehr eingegrenzt möglich.

- Im C-Teil werden Angaben zur Beratung (Rechtsgebiete, Beratungsthemen, Weiterleitung oder Kontaktaufnahme mit Ämtern usw.) festgehalten.

- Sowohl bei den Angaben zu personenbezogenen Daten als auch bei Angaben zur Beratung sind Mehrfachnennungen möglich.

- Die Felder im B-Teil und im C-Teil sind keine Pflichtfelder, somit nur auszufüllen, wenn möglich.

- Bei Folgekontakten werden die personenbezogenen Daten nicht erneut erfasst, sondern nur die Angaben zur Beratung.

Die Auswertung des statistischen Zahlenmaterials ist immer auf die jeweilige Bezugsgröße zu beziehen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Statistische Zahlen

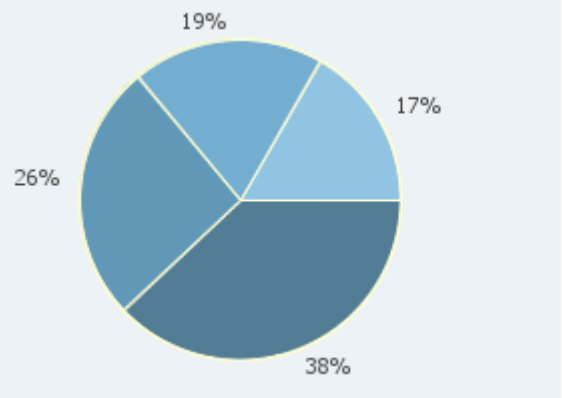
Insgesamt wurden im Berichtszeitraum im Kölner Beratungsnetz
7072 Menschen beraten.

Daten zur Kontaktaufnahme
56% der Beratungen waren Erstkontakte – 35% Folgekontakte – 9% Kurzkontakte
davon
86% persönlich **-** 13% per Telefon, 1% per E-mail

Personenbezogene Daten
63% weiblich - 37% männlich - 12% alleinerziehend
Der Anteil der Frauen in der Beratung ist wie im vergangenen Berichtsjahr hoch, er liegt deutlich über dem der Männer.
Armut ist nach wie vor weiblich. Es bestehen oftmals existenzielle Notlagen, vor allem in Haushalten mit Kindern. Frauen kommen eher als Männer in die Beratung. Frauen kommen stellvertretend für die gesamte Familie.
Die Berufswegeplanung und die (Re-) Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt gestaltet sich, **insbesondere für Berufsrückkehrerinnen, Alleinerziehende und Migratinnen,** durch multiple Vermittlungshemmnisse und nach längerer häuslicher Bindung häufig schwierig.

Haushaltsgröße

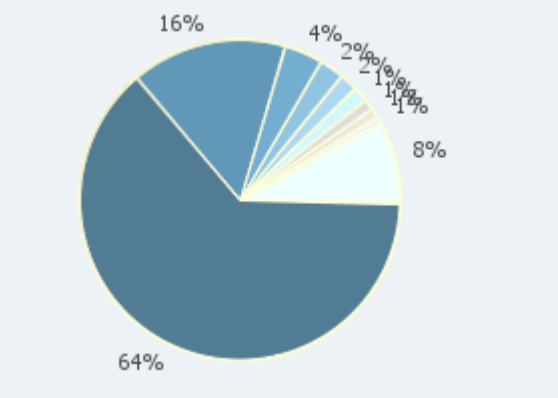
1 Person	1644 (38 %)
2 Personen	1121 (26 %)
3 Personen	834 (19 %)
4 oder mehr Personen	722 (17 %)
gesamt:	4321



Nationalität

Deutschland
Türkei
Russland
Iran
Irak
Italien
Polen
Ukraine
Serbien
Sonstiges

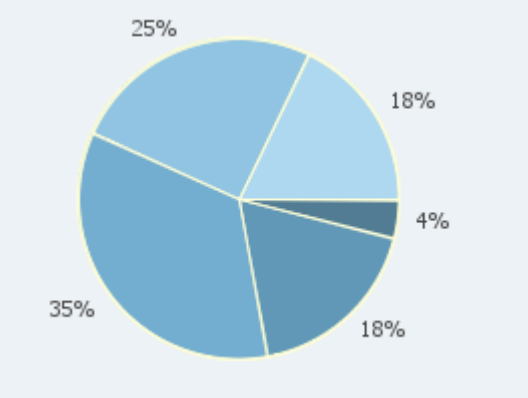
gesamt: 4118 Menschen aus 82 Ländern (alle Länder anzeigen)



MigrantInnen: 31,4 % der KölnerInnen haben einen Migrationshintergrund (Statistik der Stadt Köln 31.12.09) **Sie sind im Vergleich zu den Gesamteinwohnern weit überdurchschnittlich von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Auf Grund mangelnder Deutschkenntnisse, ihren nicht anerkannten Schul– und Berufsabschlüssen sowie fehlende Informationen über Rechtsgrundlagen suchen sie verstärkt die Beratung auf.**

Altersangaben

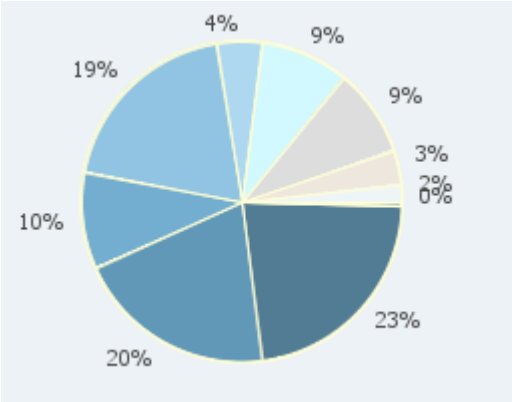
unter 25 Jahre	175 (4 %)
26-35 Jahre	788 (18 %)
36-45 Jahre	1503 (35 %)
46-55 Jahre	1104 (25 %)
über 55 Jahre	786 (18 %)
gesamt:	4356



78 % der Ratsuchenden sind zwischen 26 und 55 Jahren, dem Hauptzeitraum der beruflichen Tätigkeit.
Themen der über 55 jährigen: Arbeitslosigkeit wg. Insolvenz des Betriebes, Rehabilitation, Erwerbsminderungsrente, Langzeitarbeitslosigkeit, Scheidung-Trennung–Tod des Partners
Ratsuchende unter 25 Jahren kommen i.d.R. erst in die Beratung, wenn ihre Lebenssituation so verfahren ist, dass sie nicht mehr weiter wissen – sie haben meist kein stärkendes Elternhaus als Rückendeckung

Wohnort

Innenstadt	390 (10 %)
Rodenkirchen	83 (2 %)
Lindenthal	135 (3 %)
Ehrenfeld	357 (9 %)
Nippes	356 (9 %)
Chorweiler	815 (20 %)
Porz	179 (4 %)
Kalk	926 (23 %)
Mülheim	782 (19 %)



gesamt: 4024 Menschen aus 9 Stadtbezirken

72% der Ratsuchenden kommen verstärkt aus den Stadtbezirken Kalk, Chorweiler, Mülheim und Innenstadt. Insbesondere im Stadtbezirk Chorweiler ist die Beratungsnachfrage im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

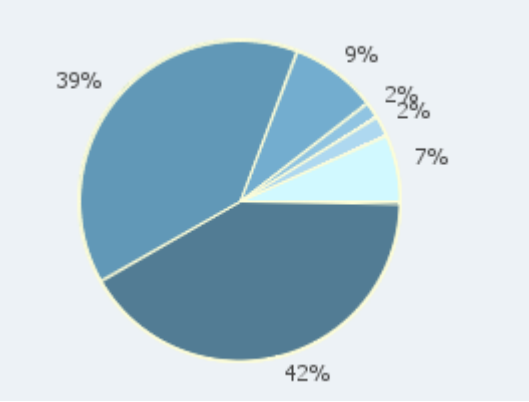
In armen Stadtteilen besteht erhöhter Beratungsbedarf und die Notwendigkeit von niederschwelligen Angeboten zur psychosozialen Stabilisierung, Anbindung und beruflicher Orientierung.

Dauer der Arbeitslosigkeit

12% sind von Arbeitslosigkeit bedroht, 13% sind bis zu 1 Jahr arbeitslos,
75% sind Langzeitarbeitslos – davon 22% zwischen 1-3 Jahre, 15% zwischen 3–5 Jahre und **38% mehr als 5 Jahre arbeitslos**. **Im Vergleich zum Berichtsvorjahr ist die Anzahl der Ratsuchenden, die mehr als 5 Jahre arbeitslos sind, um 4 % gestiegen (in 2009: 34%).**
Existenzielle Notlagen sichern, Beratung zum SGB II, SGB XII oder Förderung der sozialen Netzwerke im Wohnumfeld stehen in der Beratung im Vordergrund. Viele langzeitarbeitslose Menschen haben schon lange kein Angebot zur beruflichen Förderung erhalten.

Ausbildung

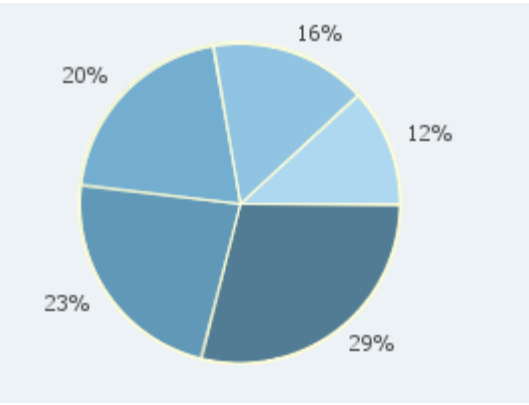
	ohne Berufsausbildung	1605 (42 %)
	mit Berufsausbildung	1503 (39 %)
	mit Fach-/Hochschulausbildung	336 (9 %)
	abgebrochenes Studium	59 (2 %)
	abgebrochene Berufsausbildung	79 (2 %)
	nicht anerkannter Berufsabschluss	270 (7 %)
	gesamt:	3852



Deutlich höher als im Berichtsvorjahr 2009 war die Anzahl der Ratsuchenden in den Beratungsstellen und –zentren die einen **nicht anerkannten Berufsabschluss hatten**. **2009 waren es 96 (2%), 2010 270 (7%).**

Schulabschluss

	Hauptschulabschluss	859 (29 %)
	ohne Abschluss	681 (23 %)
	Mittlere Reife	606 (20 %)
	Abitur	470 (16 %)
	nicht anerkannter Schulabschluss	356 (12 %)
	gesamt:	2972



Köln ist eine wachsende Großstadt. Im Wirtschaftsstandort Köln ist im Jahr 2010 die Zahl der Beschäftigten gestiegen. Der Industrieumsatz hat sich nach der Weltwirtschaftskrise positiv erholt. In den unterschiedlichen Branchen des Arbeitsmarktes werden nach wie vor qualifizierte und gut ausgebildete Menschen gesucht. **Dem gegenüber stehen Menschen ohne Berufsausbildung und ohne Schulabschluss**. Sie finden häufig den Weg in die Beratungsstellen – und zentren.
Ihre Chancen dauerhaft einen existenzsichernden Arbeitsplatz zu finden erfordert die Förderung einer qualifizierten beruflichen Aus- und Weiterbildung.
Arbeitsplätze für gering qualifizierte Menschen nehmen weiter ab und werden schlecht vergütet.
Die (Dauer-) Abhängigkeit von sozialstaatlichen Leistungen droht. Menschen mit Migrationshintergrund, deren **Schul- und Ausbildungsabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt** werden, die aber über interkulturelle Kompetenzen und ein gutes Bildungspotenzial verfügen, haben es besonders schwer. Sie arbeiten in schlecht vergüteten Beschäftigungsverhältnissen und benötigen neue berufliche Orientierung.

Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Orientierung/Bewerbung und 1,- Euro Job MAE	je 4 %
Berufliche Qualifizierung	3 %
Geförderte Beschäftigung	1 %

Quantitativ geringe Förderquote – qualitative Förderung dieser Maßnahmen fragwürdig

Einkünfte primär

Lebensunterhalt ALG II und Sozialgeld	64 %
Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit -	14 %
ALG	7 %
SGB XII	4 %
Rente	3 %
Privater Unterhalt	3 %
Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit	2 %
Krankengeld	1 %

Ergänzend:

Kindergeld	19 %
ALG II / Sozialgeld	12 %
Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	4 %
Nebenverdienst	4 %
Rente	2 %
privater Unterhalt	2 %
UVG	2 %
SGB XII	1 %
ALG	1 %

Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit / Wohngeld / Elterngeld und AGH je 1%

Beratung nach Rechtsgebieten

SGB II	63 %
SGB III	9 %
SGB XII	5 %
Mietrecht	4 %

Bei den beiden folgenden Auswertungen waren Mehrfachnennungen möglich:

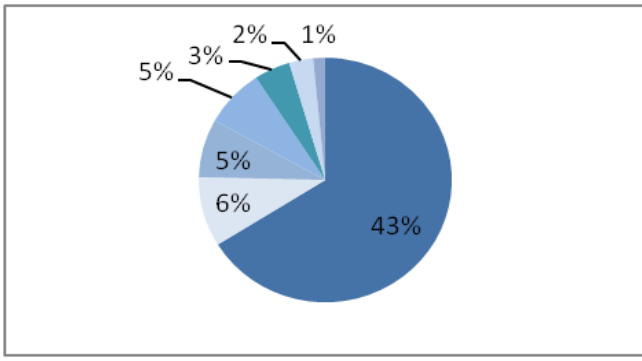
Beratungsthemen

Psychosoziale Situation	23%
KdU/Umzug	16%
Hilfe bei der Antragstellung	15%
Bescheidprüfung	15%
Anrechnung von Einkommen	15%
Mittellosigkeit	11%
Rückforderung	9%
Existenzsicherung	8%
Berufsorientierung	7%
Antragsannahme/-bearbeitung	7%
Widerspruchsbearbeitung	4%

Hauptschwerpunkt der durchgeführten Beratungen in 2010 lag in der Stabilisierung der psychosozialen Situation der Menschen, der Erhöhung der Chancen an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, den Hilfen bei Antragstellungen, Kosten der Unterkunft und Umzug. **Im Gegensatz zum vergangenen Jahr war der Anteil der Ratsuchenden in der Beratung, die auch auf Grund von Mittellosigkeit Hilfen in Anspruch nahmen, auffallend hoch: 11% 2010, im Vorjahr 6%.**
Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Beratung zum Thema Anrechnung von Einkommen, Rückforderung und Schulden. Insbesondere für Ratsuchende, die sich noch nicht so lange in Arbeitslosigkeit befinden, besteht die **Gefahr der ersten Verschuldung und der Existenzgefährdung durch nicht zeitnahe Verrechnung von Einkommen und nicht lesbare und nachberechenbare Bescheide.**

Weiterleitung an

ARGE	43%
Rechtsanwalt / Gericht	6%
Agentur für Arbeit	5%
Unternehmen/Betriebe	5%
Sozialamt	3%
Krankenversicherung	2%
Wohngeldträger / Krankenversicherung	1%



Einzelauswertung, Berichte aus den Beratungsstellen- und zentren

ArbeitslosenBürgerCentrum (ABC) Höhenhaus / Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Auswertung der Statistik / Personenbezogene Besucherdaten

Im Jahre 2010 wurden insgesamt 877 **Beratungen** durchgeführt, die überwiegend persönlich (84%) erfolgten. In 70% der Fälle handelte es sich um einen Erstkontakt der Ratsuchenden zur Einrichtung, in 13% der Fälle um einen Folgekontakt. Über Kurzkontakte (18%) und telefonische Beratungen (16%) wurden weitere Fälle bearbeitet. Die Beratung wird in erster Linie von **Frauen** in Anspruch genommen (71%), was mit der hohen Nachfrage an Beratungen im SGB II-Bereich im Zusammenhang zu sehen ist. Zudem zeichnen sich die Frauen durch einen hohen Grad an Verantwortung für die Existenzsicherung der gesamten Familie aus. In 19% der Fälle sind es **Alleinerziehende**, die aus dem Stadtteil Höhenhaus als auch aus den umliegenden Stadtteilen (insbesondere Dünnwald, Mülheim Nord, Stammheim, Flittard, Holweide, Dellbrück) stammen.

50% der Ratsuchenden sind **Deutsche** bzw. verfügen über einen deutschen Pass, 50% der Ratsuchenden sind im Besitz eines ausländischen Passes.
.
Einen **Migrationshintergrund** weisen insgesamt 51% der Kunden auf, bei 10% dieser Gruppe zeigen sich deutlich **Sprachprobleme**.

Die Besucher **mit Zuwanderungsgeschichte** sind in zwei Gruppen (mit deutschem oder ausländischen Pass) zu unterteilen: 127 Personen haben durch Einbürgerung einen deutschen Pass erhalten. Sie kommen aus insgesamt 23 verschiedenen Ländern. Die größte Gruppe stammt aus Russland (26%), 17% stammen ursprünglich aus dem Iran, 14% aus der Türkei, 24% aus 'sonstigen' Herkunftsländern.
Bei den Besuchern mit ausländischem Pass sind folgende Nationalitäten vertreten: Russland/Ukraine/Kasachstan (insgesamt 17%), Türkei (15%), Iran (4%), Polen (2%) sowie die 'sonstigen Nationen' mit 10%.
41% der Besucher leben alleine, in Zwei-**Personen-Haushalten** leben 25% der Besucher, in Haushalten von drei (17%) oder vier und mehr Personen (18%) die übrigen.

Die **Altersstruktur** zeigt deutlich, dass der überwiegende Teil der Besucher älter ist als 45 Jahre. Das trifft auf 43% der Besucher zu, von denen 23% das 55.Lebensjahr bereits vollendet haben. Die Gruppe der 36-45Jährigen bildet in der Beratung einen Anteil von 32%, gefolgt von den 26-35 Jährigen anteilsmäßig mit 20%.

Langzeitarbeitslosigkeit (d.h. länger als ein Jahr arbeitslos) ist ein weiteres herausragendes Merkmal in der Besucherstruktur. 82% der Besucher zählen zu diesem Personenkreis. Bei differenzierterer Betrachtung zeigt sich folgendes Bild: Die **Dauer der Arbeitslosigkeit** beträgt bei 41% der Ratsuchenden mehr als fünf Jahre. 21% sind zwischen ein und drei Jahren, 20% zwischen drei und fünf Jahren ohne Erwerbsarbeit.

Die enge Verknüpfung zwischen Alter und Arbeitslosigkeit wird hierbei deutlich. Von Arbeitslosigkeit bedroht bzw. bis ein Jahr ohne Arbeit sind jeweils 9% der Besucher.

Die Besucher stammen zu 77% aus dem **Stadtbezirk** Mülheim**,** insbesondere aus den Stadtteilen Höhenhaus, Dünnwald, Holweide, Stammheim, Flittard, Dellbrück, Mülheim, Buchheim, Buchforst. Aus dem Stadtbezirk Kalk kommen 8%, aus Porz und Nippes jeweils 4% der Besucher.

Einen **Schulabschluss** nach deutschem Schulsystem weisen 59% der Klienten auf (davon 30% HS-Abschluss, 17% anderer Abschluss, 12% Abitur). Nicht anerkannte Schulabschlüsse spielen bei 17% der Befragten eine Rolle, ohne Schulabschluss sind 24%. Eine abgeschlossene **Berufsausbildung** haben 30% der Besucher, 48% verfügen über keine abgeschlossene Ausbildung, bei den übrigen Personen wurde der Berufsabschluss nicht anerkannt (13%) oder es erfolgte ein Ausbildungsabbruch (4%). Über Fach- oder Hochschulausbildung verfügen 6%.

Der **Lebensunterhalt** wird zu 60% über die Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) sichergestellt, in 15% der Fälle sichern Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit primär die Existenz, zu 9% geschieht dies über SGB XII-Leistungen, zu 8% über SGB III-Leistungen.

Zu 10% wird, zusätzlich zu einer primären Leistung, aufstockend Arbeitslosengeld II gewährt.
Ergänzend zum ALG II bzw. sonstiger primärer Leistungen beziehen die Ratsuchenden Kindergeld (31%), Nebenverdienst/Rente (je 6%), Leistungen nach SGB XII (5%).

Schwerpunkte
Die Beratung zu Fragen des SGB II nimmt den höchsten Stellenwert in der Beratungsarbeit mit 69% ein. Fragen zu sonstigen **Rechtsgebieten** erfolgten in 13% der Fälle, wobei es sich um Themen handelt, die den in der Statistik berücksichtigten Rechtsgebieten nicht zugeordnet werden können. Fragen zum SGB XII stellten sich zu 9%, zum SGB III zu 8%.
Hauptthemen in der SGBII - Beratung sind Bescheidprüfung (25%), Hilfestellung bei der Antragstellung (18%), Anrechnung von Einkommen (16%), Existenzsicherung / 'Sonstiges' (je12%), Rückforderung (11%), Kosten der Unterkunft und Umzug (10%), Schulden (10%), Berufsorientierung (9%), Psychosoziale Situation / Krisenintervention (zusammen 14%), Fragen zu Qualifizierung (7%). Aufgrund dessen erfolgte die Weiterleitung in 51% der Fälle an die ARGE Köln.
Eine weitere Kontaktaufnahme war notwendig mit der Agentur für Arbeit und dem Sozialamt (je 7%), mit Unternehmen und Betrieben (6%), Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern (5%) sowie Rententräger (5%) und Regionaldirektion (4%).

In der **SGB II Beratung** zeigte sich, dass viele Ratsuchende aufgrund der Komplexität (bei größeren Familienhaushalten nicht selten ein 16-20seitiger Bescheid) und mangelnden Transparenz der Leistungsbescheide (Bewilligungs-, Änderungs- Aufhebungs- und Erstattungsbescheide, Einbehaltung, Zahlung an Dritte), nicht in der Lage sind, diese zu verstehen bzw. nachzuvollziehen. Insbesondere bei Rückforderungsbescheiden, die in die Vergangenheit reichen und eine Prüfung von in der Vergangenheit bewilligten Bescheiden und Kontoeingängen notwendig macht, ist auch der zeitliche Aufwand für eine Beratung sehr hoch.
Aufgrund der hohen Anzahl von Ratsuchenden mit Zuwanderungsgeschichte in unserer Einrichtung, müssen vielfach sprachliche Barrieren überwunden werden. Diese Gruppe hat zum Teil wenig Kenntnis über sozialrechtliche Zusammenhänge und dem deutschen Rechtssystem. Daher ist eine Hilfestellung bei der Antragstellung fast immer notwendig.
Fragen gibt es vielfach bei der Anrechnung von Einkommen im Hinblick auf die Freibetragsermittlung bei Erwerbseinkommen, Berechnung bei Mischhaushalten (z.B. SGB II+XII oder SGBII+VI), bei der Anrechnung von Unterhalt.

Psychosoziale Fragestellungen und die bereits im Vorjahr sich abzeichnende Tendenz der Zunahme von Kriseninterventionsgesprächen nehmen eine größere Dimension ein. Immer mehr Langzeitarbeitslose, die für sich aufgrund negativer Erfahrungen keine Chance auf dem Arbeitsmarkt sehen, tragen sich mit großen Zukunftsängsten. Gerade bei den Alleinlebenden zeigt sich, dass die sozialen Kontakte zu Familie, Nachbarn, Freunden mit den Jahren der Arbeitslosigkeit rückläufig sind, sie zum Teil Vereinsamungstendenzen zeigen, einhergehend mit einer Verschlechterung ihrer psychischen Situation.

Das Thema Verschuldung spielt mit Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit und dem Leben am Rande des Existenzminimums eine Rolle.
SGB XII- Beratung wurde bei folgenden Themen erforderlich: Übergang von SGB II zu SGB XII-Leistungsbezug bei Eintritt des Rentenalters mit zu erwartender niedriger Altersrente, die ergänzende SGB XII-Leistungen notwendig macht oder dauerhafte Erwerbsminderung / geringe Erwerbsminderungsrente und ergänzender SGBXII - Bezug, Überleitung aufgrund eingeschränkter Erwerbsfähigkeit. Bei älteren Besuchern ging es um die Anrechnung der ausländischen Rente und bei Mischhaushalten um die Anrechnung der SGB II-Leistung (bei vorhandenem Nebenverdienst) auf den SGBXII -Leistungsbezug des Partners.
In der SGB III-Beratung handelte es sich im Wesentlichen um Fragen zu Anspruchsvoraussetzungen, zur Dauer des Arbeitslosengeldes, Sperrzeit, Zumutbarkeit und Möglichkeiten zur Qualifizierung.

Aktivitäten
Durch zusätzliche Projekte werden flankierende Angebote für die Zielgruppen bereit gestellt. Im **Alleinerziehendenprojekt** (gefördert über die RheinEnergieStiftung Familie) wird ein auf die Alleinerziehenden zugeschnittenes Angebot bestehend aus Einzelberatung (insbesondere bei familiären Schwierigkeiten und Erziehungsproblemen) und Gruppenangeboten (Frühstückstreff, Freizeit- und Ferienangebote für Alleinerziehende und Kinder) vorgehalten. Im Rahmen des in 2010 durchgeführten **EU-Projektes Ar(MUT**), das zum Ziel hatte, vorhandene Strukturen zur Verbesserung des Zugangs von Türkisch- und Russisch sprechenden Bürgern in die Schuldnerberatung zu beeinflussen, wurden **Fortbildungs-veranstaltungen** zum Thema 'interkulturelle Kompetenz, Grundlagen zur **Schuldnerberatung** sowie Schuldenprävention' durchgeführt.

Während der Interkulturellen Woche wurden gezielt Angebote zum Thema 'Schuldenfallen lauern überall' gemacht und viele Informations- und Arbeitsmaterialien in russischer und türkischer Sprache entwickelt und bereit gestellt. **Informationsveranstaltungen** zu den Themen ALGII, Armut, Aufenthaltsrecht komplettieren in diesem Bereich das Angebot. Für Familien mit Migrationshintergrund besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an **Integrationssprachkursen** (mit Kinderbetreuung), die in Kooperation mit dem katholischen Bildungswerk durchgeführt werden. Im **Alphabetisierungskurs** soll die Zugangshemmschwelle zum lesen und schreiben abgebaut werden. Eine **deutsch-russische Sprechstunde** (Mi) zur Arbeitslosen- und Sozialberatung, eine **Sprechstunde** einmal wöchentlich **in türkischer Sprache** (Mo) sowie die Organisation von Dolmetschereinsätzen bei Begleitung zu Behörden/ Ärzten fördern die interkulturelle Öffnung der Einrichtung. In Kooperation mit dem TV Höhenhaus (Turnverein) werden regelmäßig Kursangebote (Entspannung und Bewegung) in unserem Haus durchgeführt.
Das ABC-Höhenhaus ist in vielen lokalen, regionalen und überregionalen Arbeitskreisen vertreten und arbeitet aktiv in Gremien mit. Es besteht eine gute Vernetzungsstruktur.

Echo - Engagiert in Chorweiler/ PariSozial gGmbH Köln

Auswertung der Statistik 2010

Insgesamt wurden 880 Beratungen im Jahr 2010 durchgeführt; davon 560 Erstkontakte (entspricht 64 Prozent), 116 Kurzkontakte (entspricht 13 Prozent) und 204 Folgekontakte (entspricht 23 Prozent). Bei diesen Beratungen handelt es sich um persönliche Vorsprachen. Telefonische Anfragen und schlichte Weitervermittlungen zu anderen Einrichtungen sind nicht gezählt worden.
Im Vergleich zum Vorjahr waren es 50 Beratungen mehr. Dabei kam es zu einer Verringerung bei den Erstkontakten um 11 Prozent und einer Erhöhung bei den Kurzkontakten um 4 Prozent, sowie einer Erhöhung bei den Folgekontakten um 7 Prozent.

Das **Haupteinzugsgebiet** der Beratungsstelle im Jahr 2010 entsprach dem des ARGE Standortes Nord/Chorweiler. Von den Ratsuchenden kamen 84% aus dem Bezirk Chorweiler, gefolgt von Nippes mit 10 Prozent.

Zu 57 Prozent handelt es sich um **weibliche Ratsuchende**, die Echo im Jahr 2010 aufsuchten. Dieser Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Auch bei den Alleinerziehenden (12 Prozent der Ratssuchenden) handelte es sich überwiegend um Frauen.

Zu den **Haushaltsgrößen** der Ratsuchenden kann man folgende Aussagen machen: In Haushalten mit vier und mehr Personen lebten 27% der Ratsuchenden, allein stehend waren 24 Prozent. 28 Prozent kamen aus einem 2 Personen- und 21 Prozent aus einem 3 Personenhaushalt.

Der Anteil der **Personen mit Migrationshintergrund** an den Ratsuchenden betrug ca. 65 Prozent. Bei 10 Prozent der Ratsuchenden mit Migrationshintergrund wurden gravierende Sprachprobleme festgestellt.

Die Ratsuchenden mit Migrationshintergrund besaßen 32 verschiedene Nationalitäten und kamen aus 44 Herkunftsländern: 62 Prozent gaben an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. 14 Prozent besaßen die türkische Staatsangehörigkeit gefolgt von der russischen und der ukrainischen Staatsangehörigkeit mit jeweils 10 Prozent.

Bei den **Herkunftsländern** wurden folgende Länder genannt: Zu 30 Prozent kamen die Ratsuchenden aus Russland und der Ukraine. Zu 21 Prozent kamen sie aus der Türkei. 14 Prozent der Ratsuchenden kamen aus Afghanistan, Iran und Irak.

Zur **Altersstruktur** der Ratsuchenden im Jahr 2010 lässt sich folgendes sagen: 6 Prozent der Ratsuchenden waren unter 25 Jahren. Zur Altersgruppe 26-35 Jahren gehörten 13 Prozent; zur Altersgruppe 36-45 Jahre gehörten 27 Prozent; zur Altersgruppe 46-55 Jahre gehörten 29 Prozent. Über 55 Jahre waren 25 Prozent der Ratsuchenden.

In der Altersgruppe 26-35 Jahre war ein leichter Rückgang um 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Bei der Altersgruppe 46-55 Jahre war eine Erhöhung um 6 Prozent zu verzeichnen.

Zur **Dauer der Arbeitslosigkeit** lassen sich folgende Aussagen machen: Der Anteil der ratsuchenden Personen, die länger als fünf Jahre erwerbslos waren, war mit 55 Prozent nach wie vor überproportional hoch. Von den Ratsuchenden gingen 14 Prozent einer Erwerbstätigkeit nach. Jeweils 8 Prozent waren bis zu einem Jahr bzw. 1- 3 Jahre erwerbslos. 15 Prozent der Ratsuchenden gaben an, 3 - 5 Jahre erwerbslos gewesen zu sein.

Zum **Ausbildungsstand** der Ratsuchenden im Jahr 2010 lässt sich folgendes sagen: Während 27 Prozent der Menschen über eine Ausbildung verfügten, konnten 46 Prozent keine Ausbildung nachweisen. Bei 21 Prozent der Ratsuchenden war die Ausbildung nicht anerkannt.
Bei der **Schulausbildung** findet man folgende Werte: 33 Prozent der Ratsuchenden verfügen über keinen Abschluss. 32 Prozent besitzen einen Hauptschulabschluss. Bei 25 Prozent war die Schulausbildung nicht anerkannt. Lediglich 6 Prozent der Ratsuchenden besaßen die mittlere Reife und 3 Prozent eine Fachhochschulreife.

Bezogen auf die **Sicherung des Lebensunterhalts** gab es folgende Angaben: 64 Prozent der Ratsuchenden beziehen ALG II, 15 Prozent erhalten Lohn/Gehalt. Jeweils 3 Prozent erhalten ALG I oder privaten Unterhalt.
Rentenbezug oder Leistungen nach SGB XII wurden von je 5 Prozent der Ratsuchenden als Grundlage des Lebensunterhalts angegeben (bei ergänzenden Leistungen je 3 Prozent).
Bei den **ergänzenden Leistungen** dominierte das Kindergeld mit 36 Prozent, gefolgt von (aufstockendem) ALG II mit 8 Prozent. Nebenverdienste lagen bei 6 Prozent, und UVG bei 4 Prozent.

Schwerpunkte der Beratungen

Durch den hohen Bekanntheitsgrad und die hohe Akzeptanz im Einzugsgebiet ist ECho für viele Menschen **Erstanlaufstelle bei multiplen Problemlagen**. Der Arbeitsauftrag der Einrichtung beinhaltet auch eine Lotsen- und Multiplikatorenfunktion ins sozialräumliche bzw. stadtweite Netzwerk. So werden zum Beispiel Menschen, denen auf Grund hoher Mietrückstände Wohnungslosigkeit droht, direkt an die örtliche Haushaltsberatungsstelle der ev. Kirchengemeinde Köln, die eng mit dem Amt für Soziales und Senioren zusammenarbeitet, weitergeleitet.

Bei **jungen Erwachsenen (U-25**), die um Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche nachfragen, erfolgt die Weiterleitung entweder zu den Kollegen des Projekts „*Die Chance“* oder an das „Jugendbüro“ der KJW. Solche Fälle von unmittelbarer Weiterleitung wurden in der Einzelerfassung in der statistischen Auswertung nicht berücksichtigt.

Die **Schwerpunkte der nachgefragten Rechtsgebiete** waren das SGB II (mit 67 Prozent) und das Mietrecht (mit 23 Prozent). Danach folgten das SGB III, das SGB XII und das Bundeskindergeldgesetz mit jeweils 3 Prozent.
Bei Fragen zum SGB XII konnte die bewährte Kooperation mit der Seniorenberatung im Bezirksamt Chorweiler sowie den Mitarbeitern des Amtes für Soziales u. Senioren fortgesetzt werden.
Erwerbslosigkeit nimmt immer Einfluss auf die **psychosoziale Situation** der Menschen. Die Belastungsmomente waren auch in der Vergangenheit in den Beratungsgesprächen durchgängig gegenwärtig. Dennoch musste hier bei den Nachfragen eine Zunahme um 18 Prozent auf 29 Prozent festgestellt werden.

Auch in 2010 waren Beratungen zur **Klärung der materiellen Situation**, also Berücksichtigung von (Erwerbs)-Einkommen oder Guthaben aus Mietnebenkostenabrechnungen (und damit verbundene Rückforderungen) sowie Aufrechnungen von SGB II-Leistungen, ein Hauptschwerpunkt der Arbeit. Anfragen zu diesen Themen nahmen in der zweiten Jahreshälfte deutlich zu. Solche Anfragen ergaben sich vor allem bei den Kunden der JobBörse Echo, die auch zunehmend die Unterstützung der Beratungsstelle in Anspruch nahmen.

Bei Beratungen zu **Energieschulden** wird ergänzend auf das Angebot "Stromsparcheck in Chorweiler" hingewiesen. Hierbei machen geschulte Stromsparhelfer Hausbesuche und erstellen maßgeschneiderte Vorschläge zu Einsparmöglichkeiten beim Energieverbrauch.

Im Rahmen der **präventiven Schuldnerberatung** fand der Hinweis auf das Angebot *"Lasst uns über Geld sprechen"* (in Kooperation mit Familienzentrum Ludwig Gies Straße und der Haushaltsberatungsstelle Chorweiler) positive Beachtung bei den Kunden.

Die sehr guten Kenntnisse der Berater zu Fragen von **Umzug/Kosten der Unterkunft** im SGB II führten zu einer hohen Nachfrage zu diesem Themenkomplex: 40 Prozent der Ratsuchenden nutzten dieses Angebot.
In Kooperation mit dem Büro für Gemeinwesenarbeit werden bei ECho und der **Mieterkontaktstelle** angeboten:

- Informationen zu Nebenkosten-Abrechnungen
- Unterstützen der Anliegen der Mieter
- Beratung bei Problemen mit Vermieter oder Behörden

Im November 2010 wurde außerdem eine Veranstaltung mit örtlichen Akteuren, Mitarbeitern der Zwangsverwaltung, betroffenen Mietern, Vertretern der Stadt Köln (Amt für Wohnungswesen) und dem Mieterverein Köln durchgeführt. Ziel war die Entwicklung von Lösungsansätzen für die brennendsten Probleme im Einzugsgebiet.

Immer noch offen ist, was mit den seit nunmehr 6 Jahren unter **Zwangsverwaltung** stehenden 1.200 Wohnungen geschehen soll.

Gemeinsam genanntes Ziel der verschiedenen Akteure ist es, die in Chorweiler-Zentrum liegenden Wohnungen vor dem Zugriff von so genannten

“Mietheuschrecken“ zu bewahren, um damit ein weiteres Absinken der Wohn- bzw. Lebensqualität zu vermeiden. Stattdessen soll gewährleistet werden, dass mit dem anstehenden Verkauf eine grundlegende Sanierung der Wohnungen erfolgt.

Die Nachfrage nach **Unterstützung bei Erst- oder Weiterbewilligungsanträgen** war im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 5 Prozent rückläufig. Es gibt aber immer noch eine Kerngruppe von Menschen, die auch bei wiederkehrenden Anträgen Hilfe benötigen bzw. sich diese gegenlesen oder überprüfen lassen.

Zur Optimierung der **Bewerbungsberatung** wird einmal wöchentlich ein niedrigschwelliges Angebot bereitgehalten. Die vorhandenen Unterlagen werden geordnet, ein Lebenslauf erstellt und auf einem Datenträger gespeichert. In der konkreten Bewerbungssituation kann dann sofort von den Ratsuchenden auf dieses “Basispaket“ zurückgegriffen werden. Mit weiterführenden Modulen wie Stellenrecherche, Selbstmarketing, Vorstellungsgespräche und einem Einstellungstest startet im Februar 2011 ein ergänzendes Gruppenangebot.

Das Interkulturelle Haus Nr. 9 mit den beteiligten Trägern Jugendmigrationsdienst KJW Köln, interkultureller Dienst des Amts für Kinder, Jugend und Familie und FIZ e.V. (Freunde des Interkulturellen Zentrums) sind weitere wichtige **Kooperationspartner** vor Ort: Bei Bedarf werden die Ratsuchenden auf die vielfältigen Angebote (Integrationskurse, Deutschkurs mit Alphabetisierung Hausaufgabenhilfe, Mädchengruppe, Frauengruppen, diverse Freizeitangebote) hingewiesen. Auf Anfrage bietet ECho dort ergänzend **Seminare bzw. Informationsveranstaltungen zu Fragen des SGB II** an.

Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V.

Im Jahr 2010 wurden im Arbeitslosenzentrum **697 Einzelberatungen für Frauen** durchgeführt - überwiegend in persönlichen Kontakten, 21% per Telefon. 97% der Frauen kommen aus dem gesamten Kölner Stadtgebiet, 3 % von außerhalb.

Die Erstkontakte betragen 52%, die Folgekontakte 44%. Die Erhöhung der Folgekontakte zum Vorjahr hängt u.a. damit zusammen, dass die Beratungs-komplexität zugenommen hat, die Anzahl von Frauen aus Mehrpersonenhaushalten und mit einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit höher ist und 11% der Migrantinnen/Frauen mit Migrationshintergrund erhebliche Sprachprobleme haben.
25% sind **Alleinerziehende** und 41% **Migrantinnen/Frauen mit Migrationshintergrund.**
Haushaltsgröße: Einzelhaushalte 33%, 2 Personen 34%, 3 Personen 21%, 4 und mehr Personen 12%.

Nach dem **Alter** setzt sich die Gruppe der Rat suchenden wie folgt zusammen:
U'25 Jahre 3%, 26 – 35 Jahre 24%, 36 – 45 Jahre 35%, 46 – 55 Jahre 29% und über 55 Jahre 9%.

Schulabschluss: Abitur 26%, Mittlere Reife 25%, Hauptschulabschluss 15%, nicht anerkannter Abschluss 13%, ohne Abschluss 15%.
Ausbildung: mit Berufsausbildung 34%, mit Fach/Hochschulausbildung 18%, nicht anerkannter Berufsabschluss 6%, ohne Berufsausbildung 37%.
Obwohl die Schulbildung und Ausbildung der Frauen gut ist, hat sich die Prozentzahl der von längerer **Arbeitslosigkeit** Betroffenen erhöht, das heißt, dass sich die Chancen für Frauen, selbst für qualifizierte, auf dem Arbeitsmarkt nicht wesentlich verbessert hat.
Die Zahl der Frauen in der Beratung, die mehr als 3 Jahre arbeitslos sind, stieg von 18% auf 24% und die, die mehr als 5 Jahre arbeitslos sind von 30% auf 40%.
6% der von Arbeitslosigkeit bedrohten Frauen haben die Beratung gesucht um Möglichkeiten zu finden eine längere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Bis zu 1 Jahr arbeitslos sind 18%, zwischen 1 – 3 Jahren 13%.
Für Migrantinnen, deren Schul- und Berufsabschluss nicht anerkannt ist, für Alleinerziehende und Frauen nach der Kinderzeit, ist eine Beendigung der Arbeitslosigkeit ohne Förderung von Ausbildungsmaßnahmen, Weiterbildung, Umschulung und ähnlichem kaum möglich.
Obwohl 13% der Frauen (diese Zahl bezieht sich auf Frauen, die einen eigenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag haben) erwerbstätig sind, benötigen sie ergänzend ALGII, ihre **Einkünfte** sind zu gering, um die Existenz ohne Leistungsbezug abzusichern.
Insgesamt setzen sich die primären Einkünfte wie folgt zusammen:
ALGII/Sozialgeld 57%, Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit (hierunter fallen auch Arbeitsverträge der Ehemänner/Lebenspartner) 20%, ALG 9%, aus selbständiger Tätigkeit 5%, privater Unterhalt/Rente je 3%, SGB XII/Krankengeld/Elterngeld/Nebenverdienst je 1%.

Ergänzende Einkünfte: Kindergeld 29%, ALGII/Sozialgeld 8%, aus nichtselbständiger Tätigkeit 4%, UVG 5%, aus selbständiger Tätigkeit/Nebenverdienst je 2%, privater Unterhalt 4%, Elterngeld/Rente je1%.

Auf dem **Rechtsgebiet** liegt der Schwerpunkt mit 84% beim SGBII, 9% beim SGBIII, beim SGBXII (ansteigend von 1% auf) 3%. **Beratungsthemen:** Bescheidprüfung (29%), Anrechnung von Einkommen(29%) und der damit verknüpften Rückforderung (15%) stehen an erster Stelle. Angestiegen ist die Beratungszahl bei den KdU und bei Umzug (von 19% auf 27%), bei Hilfe zur Antragstellung (von 14% auf 18%), bei Widerspruchbearbeitung (von 4% auf 9%).Themenbereiche um aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen: Berufsorientierung 10%, Qualifizierung 4%, Ausbildungs/Schulberatung 4%, Förderung 7%, berufliche Reha 3%, Ausbildung 5%. Viele Beratungen umfassen auch die psychosoziale Situation, Existenzsicherung und Krisenintervention.

Schwerpunkte der Arbeit
Die Beratung ist offen für alle Frauen, die erwerbslos, von Erwerbslosigkeit bedroht, Berufsrückkehrerinnen, Existenzgründerinnen sind, mit und ohne Leistungsbezug.
Soziale Problemlagen wie häusliche Gewalt, Trennungs- und Scheidungsprobleme, Bleiberechts-, Aufenthaltsproblematiken sowie die Fragen sozialer Sicherung und beruflicher Orientierung gehören zu Schwerpunkten in der Beratung. Die

Hilfestellungen werden in Form individueller Beratung geleistet, weiterbildende Kurse und Teilnahme an Gruppenarbeit im Verein sind möglich. Die Beratung kann eine Lotsenfunktion übernehmen, um aus einer Hand Zugang zu diesen Angeboten und zu anderen sozialen Unterstützungsangeboten von Behörden und Dienstleistern zu ermöglichen. Oft wissen die Frauen von diesen Möglichkeiten nichts oder nur wenig.
Die Gruppe der Alleinerziehenden und Migrantinnen werden besonders berücksichtigt:

Migrantinnen
Die Barrieren für den Zugang zum Arbeitsmarkt sind vielfältig und je nach Herkunft, Migrationsgründen, Verweildauer in Deutschland, Bildungs- und Ausbildungsstand, Aufenthaltsstatus, unterschiedlich ausgeprägt.
Auch psychosoziale Lebenslagen sind zu berücksichtigen: fehlende soziale Kontakte, kulturell geprägte Rollen in den sozialen Bezügen, Schwierigkeiten im Umgang mit Behörden und bürokratischen Vorgängen.

Individuelle Hilfestellung beim Verstehen und Beantworten von Amtsentscheidungen, bürokratischen Vorgängen wird geleistet. Hilfestellungen in unterschiedlichen Sprachen sind gewährleistet, mögliche Konflikte und Kommunikationsprobleme mit Behörden werden gelöst.
Die sprachliche Integration ist entscheidend. Die Vermittlung in Integrationskurse und sprachliche Förderung ist ein wesentliches Beratungsziel. Über Angebote wie „Offener Treff“, „Buntes Cafe“, wo sich Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern begegnen, wird die Sprachkompetenz zusätzlich gefördert.

Alleinerziehende
Allgemein anerkannt und politisch erkannt ist: allein erziehende Frauen haben einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Ihre Situation ist gekennzeichnet durch fehlende und nicht ausreichende, flexible Kinderbetreuung.

Viele Frauen haben nach der Schulbildung und durch die Erziehungsarbeit keine berufliche Bildung oder keine Berufserfahrung sammeln können. Ihr Alltag ist durch Mehrfachbelastung gekennzeichnet.
Hinzu und in Folge kommen psychosoziale Problemlagen, wie häusliche Gewalterfahrung und persönliche Isolation. Finanzielle Probleme im ALGII-Bezug und mögliche Verschuldungen verschärfen den Alltag und wirken sich auf die Befähigung aus, mit Selbstbewusstsein den Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden.

Besondere Potentiale
Über die Hälfte der Frauen, die die Beratung aufsuchen, haben Abitur (26%) oder Mittlere Reife (25%); 34% eine Berufsausbildung und 18% eine Fach/Hochschulausbildung. Offensichtlich finden die Frauen trotz guter Ausbildung und auch in Folge von Kindererziehungszeiten keinen adäquaten Arbeitsplatz.

Die Diskrepanz zwischen relativ guter Schulbildung und hoher Arbeitslosigkeit mit ALGII-Bezug bleibt weiterhin eine Herausforderung. Hilfestellungen, Informationen über Förderungen der Jobcenter oder anderer Behörden, um Frauen

Weiterbildungen, Berufseinstieg oder selbständige Tätigkeiten zu eröffnen, bleiben ein zukünftiger Schwerpunkt.

Angebote
2010 hat der Verein verschiedene **Infoveranstaltungen** durchgeführt als offenes Angebot: “Minijob und Beschäftigung in der Gleitzone“ - “Kölner Freiwilligenagentur“ - „Frauenliteratur“ - „Informationen rund um Hartz IV“ - „Pflege als Job“ - „Besuch des BIZ“ - „Besuch der Stadtbibliothek“ - „Kölner Tauschring“ - „Existenzgründung“ - „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ - „Was steht in einem Hartz IV-Bescheid“ - „Gesundheit/Prävention“ - .kulturelle Exkursionen in Köln.
„Buntes Cafè“ – ist Treffpunkt, Anlaufstelle und Austausch – mit EDV-/Internetangebot und freier Internetrecherche, die insbesondere für Jobsuche genutzt wird.
Um die sprachliche Förderung zu verstärken, hat der Verein 2010 einen **Deutsch-Konversationskurs** mit Orientierung auf den beruflichen Alltag eingerichtet, da die Erfahrungen zeigen, dass Deutschkurse alleine nicht ausreichen, sondern eine aktive Sprachpraxis erforderlich ist.

Teilnahme an bestehenden **Kurse**n wie PC-Kurse, Internetrecherche, Deutschkurse, Alphabetisierung, Bewerbungstraining, Stressbewältigung/Selbst-behauptung ist möglich.

Öffentlichkeitsarbeit:
Beteiligung an den Kundgebungen und Demonstrationen des Bündnisses in Köln gegen den Sozialabbau.
Beteiligung an der Kundgebung und Demonstration des Bündnisses LILA in Köln (Bündnis autonomer Frauenprojekte gegen Gewalt an Frauen und Mädchen).

Diese Angebote werden von den Frauen zahlreich genutzt, im Jahr 2010 haben mit den 697 Einzelberatungen insgesamt 3 507 Besucherinnen die Angebote wahrgenommen *(*die Anzahl bezieht sich ausschließlich auf Frauen, die über den Kontakt mit dem Arbeitslosenzentrum teilnahmen*).*

Kölner Arbeitslosenzentrum (KALZ e.V.)

Im KALZ wurden **1998 Beratungen** überwiegend im persönlichen Gespräch geleistet (49% weibl. /51% männl. - 85% Deutsche, davon 14% mit Migrationshintergrund; 4% aus der Türkei; 2% aus dem Iran; die restlichen 9% überwiegend aus Europa). Lediglich bei 1% bestanden Sprachprobleme.
Haushaltsgröße: 57% Singlehaushalte; **2 Personen 25%**; 3 Personen 11% und 4 und mehr Personen 7%; **6 %** waren **alleinerziehend.**
Die Rat suchenden Menschen sind überwiegend **im Alter hoher Erwerbsintensität** (36 – 45 Jährige 41%; 46 – 55 Jährige 26%; 26 – 35 Jährige 17%), mit **guter Schul- und Berufsausbildung** (28% Abitur; 30% mittl. Reife; 23% Hauptschulabschluss; 13% Fachhochschulreife – 57% mit Berufsausbildung; 19% ohne Ausbildung), **z. T.**

mit Hochschulabschluss (16%), die über viele Fähigkeiten und Berufserfahrung verfügen.
Die Zielgruppe **Ü 55** (13%) hat mit Themen wie drohender Arbeitslosigkeit, altersbedingten Zugangsschwierigkeiten zum Arbeitsmarkt und/oder Klärung der Arbeitsfähigkeit zu tun.
Die Zielgruppe **U 25** (3%) kommt meist erst in die Beratung, wenn Mittellosigkeit besteht und alle anderen Beratungsmöglichkeiten bereits ausgeschöpft wurden. Diese jungen Menschen leben oft ohne (stabiles) Familiennetz.
Die Ratsuchenden kommen aus ganz Köln (Innenstadt 27%; Ehrenfeld 24%; Mülheim 12%; Nippes 11%; Lindenthal 7%; Porz 5%; Chorweiler 5%; Rodenkirchen 4%) und darüber hinaus aus dem Kölner Umland (6%)

31% der Beratungen entfallen auf die Bereiche **„von Arbeitslosigkeit bedroht" (12%)** und **„bis 1 Jahr Arbeitslos" (19%)** und dienen der Vermeidung von (Langzeit) Arbeitslosigkeit – dem gegenüber stehen die **geringen Förderquoten**: 7% Orientierungs-/ Bewerbungstraining; 7% berufliche Qualifizierung; 5% AGH mit MAE; 1% geförderte Beschäftigung. Die **Dauer der Arbeitslosigkeit** betrug ansonsten 1-3 Jahre (39%); 3 – 5 Jahre (16%), mehr als 5 Jahre (13%).

Der **primäre Lebensunterhalt** besteht für **63%** der Rat suchenden Menschen aus **ALG II/Sozialgeld; 11% ALG; 13% Einkünfte aus nichtselbst. Tätigkeit;** 4% Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit und 3% aus privatem Unterhalt; 2% Rente; je 1% Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und Bafög.
Ergänzende Leistungen: 5% ALG II/Sozialgeld; 11% Kindergeld; 6% Nebenverdienst; 3% privater Unterhalt; 2% nichtselbst. Tätigkeit; 2% selbstst. Tätigkeit; je 1% Wohngeld, Elterngeld, Rente, UVG und ALG.
Beratungsthemen: 54% psychosoziale Situation; 14% Existenzsicherung; 13% Krisenintervention und insgesamt **23% um das Thema Antragstellung, –annahme, -bearbeitung und -prüfung**. Die Anrechnung von Einkommen war zu 23% Thema; Qualifizierung (12%) und Berufsorientierung (18%); 18% KdU/Umzug; 5% Zumutbarkeit von Arbeit; 6% EGV; 10% Rückforderung und 5% Schulden.
Bei **drohender Arbeitslosigkeit** erfolgt die Beratung prophylaktisch (u.a. Insolvenz, Krankheit, Mobbing) um diese zu vermeiden bzw. Arbeitssuche und/oder Berufswegeplanung / Qualifizierung zu erarbeiten. Im Rechtskreis **SGB III** werden die Themen Höhe des ALG, Nebeneinkommen und Zuverdienstgrenzen, Sperrzeiten, Weiterbildung und Qualifizierung, Nahtlosigkeit (zwischen Krankheit und Rehabilitation / Rente) beraten.

In der Beratung zum **SGB II** geht es um Existenzsicherung, Erreichbarkeit und Umgang mit der Behörde, Antragstellung, Bescheidprüfung, Anrechnung von Einkommen, Rückforderung, Kosten der Unterkunft und Umzug, Arbeitssuche, Qualifizierung, Selbständigkeit und AGH.
Im Rechtskreis **SGB XII** werden Existenz sichernde Leistungen neben der Rente abgeklärt, Erwerbsfähigkeit und Wünsche nach Rückkehr auf den Arbeitsmarkt beraten.
Schwierig ist die Situation immer dann, wenn **verschiedene Rechtskreise nebeneinander** behandelt werden müssen, wie ALG II + Kindergeld + Erziehungsgeld oder Gehalt + Wohngeld + Kinderzuschlag oder Übergang aus SGB

II hin zu BAFÖG + Mietanteil aus SGB II oder SGB II hin zu SGB XII, usw. Hier ist eine größtmögliche Kooperation der Behörden zur Vermeidung von sozialen Schieflagen bzw. Mittellosigkeit oder Ausbildungsabbruch dringend notwendig.

Schwerpunkte der Arbeit
Im Mittelpunkt der Beratung im KALZ steht das Thema „Arbeit"(suche), „Zumutbarkeit von Arbeit" und eng damit verbunden Qualifizierung, Weiterbildung, das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen usw. **Weiterbildung** ist in beiden Rechtskreisen **SGB II und SGB III** ein wichtiges Thema, da darauf kein Rechtsanspruch besteht, sondern diese im Ermessen der Sachbearbeitung liegt. Das setzt gute Erreichbarkeit voraus, zeitnahe Terminvereinbarungen, gute Planung und Prozessbegleitung. Dies ist nicht die Regel. Mündliche Anfragen werden oft seitens der Sachbearbeitung ohne nähere und nachvollziehbare Gründe abgelehnt; schriftliche Beantragung wird so notwendig. Gerade im SGB III ist eine zeitnahe Begleitung geboten, damit sinnvolle Weiterbildungsangebote genutzt werden können, bevor der Übergang ins SGB II die Problematik verstärkt. Hier wird aus der Sozialberatung in das KALZ Projekt **„Club der Arbeitsuchenden"** verwiesen, in dem Berufswegeplanung und Begleitung bei der Umsetzung angeboten wird.

Die **Angst keine Arbeit finden zu können** und damit vor der Zukunft, vor dauerhafter Armut, vor Armut trotz Erwerbsarbeit, sowie Ohnmachtsgefühle und Wut gegenüber einer als übermächtig empfundenen Behörde, die selbst das Existenzminimum bis auf Null kürzen kann, überlagern das gesamte Beratungsspektrum. Viele Erwerbslose empfinden sich als Menschen 2. Klasse und glauben ihre Rechte nicht vertreten zu dürfen, andernfalls die Existenz sichernde Leistung sanktioniert werden wird.
Das **Projekt** des KALZ **„Begleitung** in die ARGE", das mit ehrenamtlichen BegleiterInnen durchgeführt wird und oft Konfliktmoderation bedeutet, unterstützt die Menschen erfolgreich darin, in Kommunikation zu gehen und die individuell anstehenden Fragestellungen zu klären. Dennoch mussten 13% der Ratsuchenden an RechtsanwältInnen und die Sozialgerichtsbarkeit in Köln verwiesen werden, um Mittellosigkeit und existenziell bedrohliche Situationen zu vermeiden bzw. zu beheben.
Für die ehrenamtlichen TeilnehmerInnen des Begleitprojektes gab es regelmäßige Fachvorträge, in denen sozialrechtliche Anspruchsgrundlagen und Einblicke in Verfahrensabläufe vermittelt wurden.

Vom KALZ wurden **Informationsveranstaltungen** angeboten, sowohl allgemein zugänglich für Ratsuchende, als auch bei anderen Trägern (Phönix e.V., Verdi Erwerbslosenausschuss, Jobbörse Ehrenfeld, AWO), und für (AGH)Gruppen, die das KALZ aufsuchen (Diakonie Altenkirchen).
Vorträge (FH Düsseldorf, Verdi) und **Öffentlicheitsarbeit** (Interviews mit dem WDR, dem Kölner Stadtanzeiger sowie Pressekonferenzen und Austausch mit lokalen politischen AkteurInnen), **Teilnahme an Tagungen** (zur aktueller Sozialpolitik in der Mütze e.V, Armutskonferenz der Caritas) und **Beratung von MultiplikatorInnen** der Kölner Netzwerke vervollständigen das Bild.
Das KALZ ist beständiges Mitglied des **ARGE-Beirates**.

Arbeitslosenzentrum im „Kellerladen – Initiative f. gemeinsame Arbeit e.V.“ im Bilderstöckchen

Im Jahr 2010 gab es **5.721 Besuche**. Insgesamt wurden **850 Beratungen** geleistet.
Da wir uns hier in einem Siedlungsgebiet in unmittelbarer Nähe zu den Menschen befinden, fanden die meisten Kontakt direkt im persönlichen Gespräch statt (99 %), die telefonischen Kontakte betrugen 8 = 1 % sowie per E-Mail (1 = 0 %).
Wie in den Jahren zuvor, blieb es nicht bei einem einmaligen Kontakt, sondern es gab Folgekontakte (94 %). Der Anteil der weiblichen Ratsuchenden betrug 65 % und der Anteil der männlichen Ratsuchenden lag bei 35 %.

Bei den **Haushaltsgrößen** ergibt sich folgendes Bild: Single-Haushalte 30 %; 2-Personen-Haushalte 14 %, d.h. Paare oder Einelternfamilien mit 1 Kind; (insgesamt alleinerziehend waren 2 %); 3- und 4-Personen-Haushalte, d.h. Familien mit Kindern, 56 %.

Nationalität: deutsch 86 %; türkisch 8 %; aus Kenia 2 %; irakisch 2 %; iranisch 2 %.

Bei der **Altersstruktur** in unserem Zentrum fällt auf, dass der Anteil der unter 25jährigen nur 7 % beträgt, obwohl viele Familien beraten werden. Der „Kellerladen“ verfügt über ein Jugendbüro, das den Bereich **U 25** abdeckt. Jugendliche/junge Erwachsene werden vom Jobcenter dorthin gewiesen oder gehen freiwillig dort hin.
19 % der Ratsuchenden waren 26-35 Jahre alt; 37 % 36-45 Jahre; 26 % 46-55 Jahre. Die Gruppe der über 55jährigen beträgt 11 %; darunter sind Rentner, die Beratung zum SGB XII suchten.

Dauer der Arbeitslosigkeit: 38 % der Ratsuchenden waren langzeitarbeitslos (mehr als 5 Jahre); 17 % waren 3-5 Jahre arbeitslos; 1–3 Jahre 36 %; bis zu einem Jahr arbeitslos waren 4 % und ebenfalls 4 % waren von Arbeitslosigkeit bedroht.

Im Bereich **Schulabschluss/Ausbildung** ergibt sich folgendes Bild: ohne Berufsausbildung 60 %; mit Berufsausbildung 36 %; mit Fach-/Hochschulausbildung 2 %, mit nicht anerkanntem Berufsabschluss 2 %. 55 % hatten einen Hauptschulabschluss; 25 % waren ohne jeden Schulabschluss und 6 % hatten einen nicht hier anerkannten Schulabschluss; 13 % hatten die Mittlere Reife.

Das **Einzugsgebiet** war hauptsächlich Nippes (hier: Bilderstöckchen) mit 94 %; die restlichen Ratsuchenden kamen aus Mülheim und Ehrenfeld.

In der Erfassung der Zahlen der Statistik wird unterschieden zwischen primären und ergänzenden Leistungen:
Primär lebten 70 % der Ratsuchenden von Alg II/Sozialhilfe. 17 % waren erwerbstätig; 9 % lebten von Rente; 2 % erhielten privaten Unterhalt und weitere 2 % erhielten Leistungen nach SGB XII. **Ergänzend** erhielten 20 Personen ganz unterschiedliche Leistungen wie Unterhaltsvorschuss, Elterngeld, BAföG/BAB, etc.

Schwerpunkte der Beratungen und der Arbeit
Bei 81 % war u.a. Mittellosigkeit Anlass für eine Beratung. Dies liegt sicher daran, dass es seit November 2009 in Bilderstöckchen eine Lebensmittelausgabe gibt, die vor allem vom „Kellerladen“ verantwortlich geführt wird. In 13 % der Fälle war auch die psychosoziale Situation (familiäre Probleme, Probleme mit den Nachbarn, etc.) Thema. Infos zu verschiedenen sozialen Leistungen der Sozialgesetzbücher gab es in 15 % der Fälle, aber auch zum Ausländerrecht, Bundeskindergeldgesetz, Wohngeldgesetz, etc. Ebenso gab es das Angebot, bei diversen Antragstellungen behilflich zu sein (KölnPass, Wohngeld, KiZ, Befreiung von der Rundfunkgebühr, etc.)

Die Mittellosigkeit ergab sich häufig aus den altbekannten Gründen (Schulden beim Energieversorger im Rahmen der Jahresabrechnung oder unvorhergesehene Ausgaben wie Ersatz für Kühlschrank, Waschmaschine, Staubsauger, Bett, Kleidung etc.), aber auch aus dem zu niedrigen Regelsatz für Kinder.
Neben den Interventionen bei dem Energieversorger, Vermittlung von Hausrat, wurde auf die regelmäßige Teilnahme an der Lebensmittelausgabe verwiesen, um mit dem dort eingesparten Geld das Notwendige kaufen zu können.

Da die psychosoziale Situation bedingt durch Arbeitslosigkeit und Mittellosigkeit für die Betroffenen als sehr belastend erlebt wird, hat der „Kellerladen“ um das Arbeitslosenzentrum herum Einrichtungen geschaffen, die den Menschen die Möglichkeit bieten, Gemeinschaft zu erleben, Austausch zu haben mit Menschen, die in der gleichen Situation wie sie sind; mitzuarbeiten an Stellen (Ferienmaßnahmen, Lebensmittelausgabe, Vorbereitung und Durchführung von Festen), die die persönliche Situation, aber auch die Situation des Viertels verbessern.

Nach wie vor sind Themen wie Kriminalität und Sucht „große Baustellen“, die immer wieder bearbeitet werden müssen. Am meisten hilft hier die Vermittlung in Arbeit, die im Jahr 2010 gerade bei den Inhabern von Integrationsjobs gut geklappt hat (wir haben 2 Stellen für Integrationsjobs).

Ebenso besteht weiterhin die Teilnahme an der „Bilderstöckchen-Konferenz“ und Kooperation mit einem Familienzentrum sowie der benachbarten katholischen Pfarrgemeinde St. Franziskus.

Eine gute Kooperation hat sich auch mit dem Caritasverband für die Stadt Köln ergeben im Bereich der Schuldnerberatung sowie dem Kontakt zum dortigen Migrationsdienst.

Neben den Hilfsgütertransporten in ein Romalager in der Ostslowakei (immer verbunden mit dem Besuch von Gedenkstätten und Information zur Geschichte) haben wir mit Jugendlichen eine Fahrt nach Berlin durchgeführt, um über die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zu informieren (NS-Zeit, DDR, Zusammenwachsen des geteilten Deutschland, etc).

Beim Sommerfest wurden wieder ca. 2.000 Menschen erreicht.

Mittlerweile werden in der Lebensmittelausgabe 107 Haushalte mit insgesamt ca. 300 Menschen mit Lebensmitteln unterstützt (Tendenz steigend; es handelt sich ausschließlich um bedürftige Menschen – KölnPass, Alg II-Bescheid – aus dem Sozialraum Bilderstöckchen).

Arbeitslosenzentrum Lindweiler Treff

Eine Einrichtung des Diakonischen Werkes Köln und Region

1. Auswertung der statistischen Daten

Der Lindweiler Treff leistete insgesamt **249 persönliche Beratungsgespräche**; die an zwei Tagen pro Woche in der offenen Sprechstunde oder zu vereinbarten Termine stattfanden.

Insgesamt besuchten **9.384 Besucherinnen und Besucher** in regelmäßigen oder unregelmäßigen Abständen den Treff. Im dazugehörigen Secondhand-Café Schatztruhe treffen sich täglich 30 Personen.

Mit Blick auf die Besuchergruppe in der Beratung ist festzustellen, dass u.a. durch einen Leitungswechsel vermehrt Erstkontakte (46%) zu verzeichnen waren; gefolgt von 33% Folge- und Kurzkontakten 20%. Fast alle Kundinnen und Kunden **(92%) kamen persönlich in die Beratung**. Eine Kommunikation per E-Mail (1%) und Telefon (7%) fand weniger statt, da die Besucher zumeist in Lindweiler wohnen oder aus anderen Gründen eine starke Bindung zum Stadtteil und zum Treff haben.

Mit Blick auf die geschlechtsspezifischen Daten lässt sich festhalten, dass ¼ Männer und **¾ Frauen in der Beratung** waren. Viele Frauen suchen Rat für ihre Familienmitglieder. Mehr als die Hälfte der zu Beratenden (62%) sind Deutsche; jede/r Dritte hatte einen Migrationshintergrund. Die zweitgrößte Gruppe stellen die türkischen MitbürgerInnen mit 24% dar; zusätzlich besuchten viele Sinti die Beratung.

Ein Drittel der Menschen, die im Lindweiler Treff die Beratung wahrnahmen, leben in einem 1-Personen Haushalt; ¼ mit vier oder mehr Personen zusammen. Bis auf wenige Ausnahmen stammten alle zu Beratenden aus dem Stadtbezirk Chorweiler (90%). **57% der Ratsuchenden sind seit ist mehr als 5 Jahren arbeitssuchend.** Darüber hinaus besitzen **60% der zu Beratenden keine Berufsausbildung.**
Fast die Hälfte der Ratsuchenden sind ohne Schulabschluss 42%; 39% haben einen Hauptschulabschluss.

Die zu Beratenden teilen sich fast gleichmäßig in die vier Altersstufen auf: 26-35 Jahre: 19%; 36-45: 27%; 46-55 Jahre: 22%; über 55 Jahre: 25%. Die Gruppe der „unter 25 jährigen“ fällt mit 7% geringer aus, da sie teilweise an das Jugendbüro U25 oder an „Die Chance“ nach Chorweiler oder nach Bilderstöckchen verwiesen werden. Der primäre Lebensunterhalt besteht für **62% der Rat suchenden Menschen aus ALG II/Sozialgeld,** gefolgt von Leistungen nach dem SGB XII (12%), Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit (8%) und dem Arbeitslosengeld I (4%).

Die zumeist gewünschten Rechtsgebiete in der Beratung sind zu finden im **SGB II (48%)** und SGB XII (13%). Bei der Weiterleitung der Ratsuchenden wurde jede/r **Dritte (30%) an die ARGE** sowie 6% an die Schuldnerberatung, 3% an das Sozialamt und 3% an den Rententräger weiter vermittelt. Ergänzt wird das Beratungsangebot im Lindweiler Treff durch die Senioren- und Schuldnerberatung, die von der Caritas angeboten wurde. Im Jahr 2011 wird die Suchtberatung die Angebotspalette weiter abrunden. Des Weiteren konnte bei Bedarf eine Begleitung bei Behördengängen durch ehrenamtlich Aktive organisiert werden. Übersetzungen konnten in den Sprachen Türkisch und Russisch gewährleistet werden.

Bei den Beratungsthemen **lag die Bearbeitung (30%) sowie die Unterstützung bei der Antragstellung (23)% vorne, gefolgt von der Bescheidprüfung (15%), Krisenintervention (15%) und der psychosozialen Situation (11%).**

2. Die Einrichtung und der Stadtteil Lindweiler

Der Lindweiler Treff existiert seit 1977 als evangelische Einrichtung im Kölner Norden. Seit 1986 findet hier soziale Arbeit statt; als solche ist sie in den Strukturen des Stadtteils verankert. Der Lindweiler Treff ist Drehscheibe, Informationsbüro und zentrale Anlaufstelle im Stadtteil für Bewohner jeden Alters. Der Treff ist ein niederschwelliges Angebot, das Menschen unterschiedlichster kultureller und religiöser Herkünfte anspricht sowie Angehörige aller Altersklassen erreicht und miteinander in Kontakt bringt. Der Grundsatz der Arbeit ist, die Menschen auf ihrem Weg zu begleiten, bedürfnisorientiert zu handeln und sie darin zu stärken, ihre Lebensqualität zu verbessern. **Ziel der Arbeit im Treff ist die soziale und wirtschaftliche Stabilisierung und Entwicklung des Stadtteils Lindweiler zu einem gesunden Gemeinwesen.**

Die Angebotspalette reicht von der Sozial- und Arbeitslosenberatung, Kinder- und Jugendarbeit über offene Treffen hin zur sozialen Gruppenarbeit. Im Ehrenamtlerprojekt *Café Schatztruhe* können Menschen aus dem Stadtteil günstig Kleidung und Haushaltswaren erwerben und bei einer Tasse Kaffee Neuigkeiten austauschen, Kontakte knüpfen und gemeinsame Aktionen planen. Gemeinsam mit anderen Einrichtungen und Privatpersonen gründete der Treff die Sozialgenossenschaft *Fundus eG* im Stadtbezirk Chorweiler mit dem Ziel, langfristig Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitslose Menschen zu schaffen.

Der **Stadtteil Lindweiler fällt durch seine Insellage** im Autobahnkreuz Köln-Nord auf und ist nur über dunkle Tunnel oder eine Autobahnbrücke zu erreichen. Der Stadtteil Lindweiler zerfällt in zwei Bereiche: den Kernbereich, der aus Geschosswohnungsbauten des sozialen Wohnungsbaus besteht und den Einfamilienhausbereich. Der Anteil der **öffentlich geförderten Wohnungen** ist im Vergleich zum **städtischen Durchschnitt mehr als siebenfach** so hoch (Stadtweit: 8,7% - Lindweiler 45,0%).[3] Die öffentlich geförderten Wohnungen teilen sich auf in Belegrechts- (58,7%) und Altenwohnungen mit Wohnberechtigungsschein (26,2%). Eine unsichtbare Mauer führt durch Lindweiler, die den sozialen Wohnungsbau vom Einfamilienhausbereich trennt; auf dieser Mittelachse liegt der Lindweiler Treff.

[3] Entwicklungskonzept Lindweiler (Entwurf), Stadtentwicklung Köln, S.16ff.

Die Arbeitslosenquote betrug am 31.12.2008 im Stadtteil Lindweiler 17,7% (Gesamtstadt: 11,1%). Die Quote der Bedarfsgemeinschaften nach dem **Sozialgesetzbuch II lag bei 19,4% (Gesamtstadt: 11,2%).** Darüber hinaus lag auch der Anteil der Personen mit Grundsicherung im Alter (über 65-jährige – SGB XII) mit 15,6% deutlich höher als der stadtweite Durchschnitt (10,6%). Der Stadtteil Lindweiler hat eine unzureichende Infrastruktur. Es sind weder eine Apotheke, eine Post noch ein Café oder dergleichen vorhanden. Hinzu kommt die schlechte Verkehrsanbindung an die umliegenden Stadtteile.

Im Hinblick auf die Arbeitslosenberatung wurde versucht den Zugang für die Beratung bewusst **niederschwellig und flexibel** anzulegen, um eine adäquate Beratung/Beratungssituation für die Kunden zu gewährleisten.

Neben der Möglichkeit einer Beratung gab es individuelle Unterstützungsmöglichkeiten bei dem Erstellen von Bewerbungsunterlagen, dem Bewerbungstraining und dem Proben von Vorstellungsgesprächen. Es konnten sich Fachbücher (Bewerbungsgespräche, Bewerbungsunterlagen) ausgeliehen werden; Arbeitssuchende konnten im Internet nach Stellen suchen. Es wurde ein **Einzelcoaching für Jugendliche** angeboten, dessen Ziel es war, sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen intensives Coaching zu ermöglichen. Hiermit soll frühzeitig der drohenden Jugendarbeitslosigkeit entgegengewirkt werden, bevor große Lücken und Perspektivlosigkeit entstehen und keine Motivation mehr vorhanden ist.

Jeden Freitag fand in der Zeit von 09.30 bis 11.00 Uhr ein **offenes Frühstück** für Bewohner des Stadtteils statt. Es dient als Anlaufstelle und niederschwelliges Angebot für Rat- und Hilfesuchende. Hierbei bestehen die Möglichkeiten des gemeinsamen Austausches sowie die Beratung durch eine pädagogische Fachkraft. Es gibt eine Lebensmittelausgabe; diese ist jedoch nicht öffentlich, sondern nur für den individuellen Notfall gedacht. Das Frühstück wurde von erwerbslosen Menschen und Seniorinnen und Senioren aus dem Stadtteil bereitet.

Arbeitslosenzentrum Ostheim „Cafe im Veedel“ – Veedel e.V. Jahresbericht 2010

Insgesamt nutzten **7014 BesucherInnen** in 2010 die unterschiedlichen Angebote des Arbeitslosenzentrums.

Sozialberatung:
Offene Sprechstunde Dienstag von 15.00 – 17.00 Uhr, Donnerstag von 15.00 - 18.00Uhr, weitere Termine nach Absprache, ALG II Beratung nur nach Terminvereinbarung.

556 Gespräche (75 % persönlich, 64 % über 15 min.) wurden geführt, 90 % der Menschen kamen aus unserem Stadtbezirk. 65 % der Ratsuchenden sind deutscher

und 19 % sind türkischer Nationalität, 28 % sind länger als 1 Jahr arbeitslos, 53 % sogar länger als 5 Jahre, 55 % haben keine oder eine nicht anerkannte Berufsausbildung, 21 % sind über 55 Jahre alt. Dies spiegelt deutlich die Struktur der Einwohner des Stadtteils wieder.
Drei Viertel bestreiten ihren Lebensunterhalt primär durch ALG II, 14 % durch Arbeitseinkommen. (d.h. der prognostizierte Wirtschaftsaufschwung ist an unseren Ratsuchenden vorbeigegangen)
Hier wird auch in diesem Jahr die hohe Anzahl an Aufstockern deutlich, die aufgrund unzureichender Löhne und/oder großer Familien mit entsprechendem Wohnbedarf auch mit Vollzeitarbeit z. T. von 2 Personen auf ALG II angewiesen sind. Gegenstand der Beratung war hier häufig, welche Transferleistungen (in gleicher Höhe!) sind alternativ möglich.
Weitere Schwerpunkte bei dieser Zielgruppe: fehlerhaftes oder massiv verspätet angerechnetes Einkommen durch die ArGe sowie Schulden durch mehrfache Arbeitsaufnahmen in kurzer Zeit.
Beratungsschwerpunkte (40 % im Rechtsgebiet SGB II) waren neben Antragshilfen und Bescheidprüfung Betriebskostenabrechnungen sowie KdU/Umzug allgemein.
Weiterhin werden Kleiderbörse, Lebensmittelausgabe und finanzielle Hilfen der Kirchen stark in Anspruch genommen, da bei vielen nach langem ALG II Bezug keinerlei Ressourcen mehr vorhanden sind für Ersatzbeschaffungen und Ansparleistungen kaum jemand tätigen kann.

Da viele Ratsuchende zum aktuellen 1. Arbeitsmarkt keinen Zugang mehr finden werden, laden wir sie ein, ihre Talente und Ressourcen in ehrenamtliche Arbeit für ihren Stadtteil einzubringen. Diese Anbindung stärkt das Selbstbewusstsein und führt zu hoher Akzeptanz im Umfeld, die Hilfe zur Selbsthilfe beinhaltet für alle eine Verbesserung ihrer Lebensqualität.

Offene Angebote im „Cafe im Veedel“:

- Frühstückscafe, 1x pro Woche preiswertes Mittagessen
- Seniorenmittagstisch 1x im Monat
- Nachtcafe 1x im Monat
- Saisonale Feste
- Bewohnertreffpunkt, Info-Börse für den Stadtteil
- PC-Nutzung inkl. Internetzugang + Druckmöglichkeit
- Vermietung für private Feiern
- Hilfe bei Umzügen durch ehrenamtliche Mitarbeiter
- Kleinbus- und Werkzeugverleih
- Einkaufsservice

Veranstaltungen & Projekte

Stärken vor Ort- Projekte

1. „Deutsche Sprache-schwere Sprache“ **-** Sprachkompetenz steigern zur besseren beruflichen Integration
2. „Erfolgreich präsentieren“ - Individuelles Bewerbungscoaching für berufliche (Wieder)Einsteigerinnen

Feste:

- Fußball WM an 10 Terminen im Juni/Juli
- Seniorensommerfest im Juli auf dem HöVi-Gelände
- Bürgerfest „Wir sind Ostheim“ im September (über 4000 Besucher)
- Nikolausfeier für Familien aus dem Einzugsbereich des ALZ
- Ostheimer Weihnachtsmarkt
- Weihnachtsfeier für alle ehrenamtlichen Mitarbeiter

Zahlreiche Buffet- und Cateringaufträge das Ehrenamtler-Team/ Highlights `10:

- Seniorenvertretung Köln:„Tag der älteren Generation“ 250 Besucher im April
- BdKJ: „Casino Royale“ Party für 300 ehrenamtlich tätige Jugendliche im Oktober
- GWA Fachtagung FH Köln: durchgängiges Catering an 2 Tagen im November
- 30jähriges Bestehen „Brücke“ 100 Gäste im Dezember

PC-Kurse

- Für Langzeitarbeitslose von Januar bis März

Bewerbungstraining:

- Zwei inhaltlich unterschiedliche Module für 4-6 Teilnehmer

Stadtteilzeitung „Ostheim“ und Seniorenkalender „Ostheim“:

- Erschien 3 x bzw. 2 x im Jahr; die Verteilung wurde über das ALZ koordiniert.

Kooperationen:
(Ratsuchende werden von dort an uns verwiesen und umgekehrt)

- GAG
- Fachstelle Wohnen / ASD
- Mieterrat Ostheim und Ostheimer Mieterrat
- Kleiderbörse und Lebensmittelausgabe
- Caritas und Ev. Kirchengemeinde
- Offene Kinder- und Jugendeinrichtung „OT Ostheim“
- Jugendhilfeschwerpunktträger LOGO gGmbh
- Wir für Pänz e.V. / Krabbelgruppe „Kleine Pänz“ Ostheim
- allen Teileinrichtungen des Veedel e.V. (Jugendeinrichtung, JobBörsen, Sozialraumkoordination)

Ausblick 2011

Zum 1. April 2010 musste das Stadtteilbüro Abriss bedingt aufgegeben werden, adäquate preiswerte Räumlichkeiten im Einzugsgebiet konnten leider nicht gefunden werden, so dass manche Angebote wegfallen bzw. mit Kooperationspartnern abgestimmt werden mussten. Daher ist das Cafe für Beratungs- und Gruppentermine montags geschlossen. Eigene Räume werden nach Neubezug Ende 2011 Anfang 2012 zur Verfügung stehen.
Im März wird mit Studenten der FH Köln eine aktivierende Befragung im unmittelbaren Einzugsgebiet stattfinden, um Wünsche der teils neuzugezogenen

Mieter besser kennenzulernen. Im Rahmen einer Bürgerversammlung werden dann die Befragungsergebnisse vorgestellt. Geplant ist im Anschluss Arbeitsgruppen zu bilden, die konkrete Bedarfe ermitteln, möglichst umsetzen und die Neukonzeptionierung des bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil begleiten.

Arbeitslosenberatungsstelle Vingster Treff, Bürgerzentrum Vingst

„Das ist immer noch Ihr Spiel“

Daten zur Kontaktaufnahme

In 2010 hat die Beratungsstelle Vingster Treff zu SGB- und Zuwanderungsthemen **965 Beratungen** durchgeführt. Davon fanden in **98% der Fälle die Beratungen in einem persönlichen Kontakt** statt. 77% der Ratsuchenden haben den Vingster Treff zum ersten Mal aufgesucht und 22% in einem oder mehreren Folgekontakten. Die professionellen Beratungen sind in **deutscher, kurdischer und türkischer** Sprache erfolgt. Durch einen personellen Wechsel Mitte des Jahres in der Beratungsstelle, kam es zu einem Einbruch bei den Beratungszahlen, aber es gab auch einen Zugewinn; die Beratungen werden nun auch in **englischer und französischer** Sprache angeboten.

Personenbezogene Daten

Überwiegend wurden die Beratungen von Frauen wahrgenommen. 37% der Befragten waren Männer gegenüber 63 % weiblichen Ratsuchenden. 38% Prozent der Ratsuchenden verfügten über geringe Kenntnisse der deutschen Sprache. **Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund** in der Beratung lag wie in den Vorjahren **bei über 80 %,** die einen kulturellen Hintergrund aus insgesamt 46 Ländern vorweisen. Die Beratungsstelle Vingster Treff suchten hauptsächlich Ratsuchende in der erwerbsfähigen Altersstruktur zwischen dem 36-igsten und 55-igsten Lebensjahr auf (32%). **51% der Ratsuchenden sind langzeitarbeitslos**, d.h. über fünf Jahre ohne Erwerbstätigkeit. 39% verfügen über keinen Schulabschluss und **69 % können keine Berufsausbildung vorweisen.** Der Anteil der Ratsuchenden, die sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befanden, war mit insgesamt 58 % deutlich höher als noch im Vorjahr. 48% nahmen an Integrationsmaßnahmen als AGHs teil und 8 % nutzten Maßnahmen der beruflichen Orientierung.

Der Großteil der Ratsuchenden kam aus Kalk (69%), gefolgt von Mülheim (15%) und Porz (10%). Die restlichen 6% verteilen sich auf die übrigen Stadtbezirke.

Existenzsicherung – Lebensunterhalt Die Mehrheit der zu Beratenden (73%) finanzieren ihren Lebensunterhalt **primär** über SGB II-Leistungen. Nur 10 % können ihre Existenz hauptsächlich von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit sichern. Ergänzend mussten oftmals weitere unterstützende Leistungen in Anspruch genommen werden, um ein Existenzminimum zu sichern.

Beratungsschwerpunkte
Der Schwerpunkt des Beratungsangebots lag im SGB II. Fragen zum SGB III und SGB XII sowie zu ausländerrechtlichen Problematiken nahm ebenfalls einen großen Raum in der Beratung ein. **Ein wichtiger Bestandteil des Angebots im Vingster Treff war die Unterstützung bei Antragstellungen zu Erst- und Folgeanträgen**

im SGB II, III und XII-Leistungsbereich, sowie bei zahlreichen weiteren Anträgen (Bafög, BAB, Rente etc.).
Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Beratung war die Überprüfung der Leistungsbescheide und ggfls. Einleitung von Widerspruchsverfahren und Überprüfungsanträgen gem. SGB X. KdU und Rückforderungen waren ebenso wichtige Themen der Beratung. Aber es wurden auch Beratungen und Hilfen bei drohender oder bestehender existenzieller Not für Menschen notwendig. **Für den hohen Anteil von Frauen - insbesondere Alleinerziehende - in der Beratung wurden SGB II Informationsangebote zum SGB II** durchgeführt.

Durch die enge **Zusammenarbeit mit der Migrationserstberatung (MBE) und der Integrationsagentur im Vingster Treff** konnte eine gute Überleitung der Ratsuchenden in entsprechende Angebote im Sozialraum gewährleistet werden. **Eine gute Vernetzung im Sozialraum** konnte ebenfalls durch die Teilnahme und Mitwirkung in Netzwerken wie dem AK Kalk sowie dem Stadtteiltreffen Höhenberg-Vingst erreicht werden.
Beratungen zur Berufsorientierung sowie zur Unterstützung bei Bewerbungsverfahren stellten auch 2010 einen hohen zeitlichen Faktor dar.

Neben dem individuellen Coaching wurden wieder mehrere Bewerbungstrainingsmodule angeboten. Die Schuldnerhilfe Köln bot 2010 regelmäßig eine offene Sprechstunde an, in denen Fragen zur Verschuldung, Insolvenzberatung etc. besprochen werden konnten.
Darüber hinaus bot der Vingster Treff auch 2010 **niederschwellige Angebote in Form von kostenfreien Informationsveranstaltungen** an. Themen wie Haushaltsplanung, Umgang mit Energie und Verbraucherinsolvenz spielten dabei ebenso eine Rolle wie Fragen zum ALG II. Der halbjährliche Veranstaltungskalender des Vingster Treffs bot für Erwerbslose eine interessante Palette von Informations- und Bildungsangeboten.
Nach 2009 konnte auch 2010 der Vingster Treff im Rahmen seiner Koordinationsfunktion wieder eine **Fortbildungsreihe zum SGB II angeboten** werden, die sich in erster Linie an FachkollegInnen richtete. Schwerpunkte waren hierbei Verwaltungsverfahren und Eingliederungsleistungen. Durch eine erfolgreiche Kooperation mit der Rechtsstelle des Sozialamtes Düsseldorf konnte ein großer Teilnehmerkreis erreicht werden.
Zusätzlich gab es eine **Kooperation der Beratungsstelle mit der Fachhochschule Köln.** Im Rahmen dieser Kooperation konnten Studenten einen Einblick in den Beratungsalltag bekommen, den diese wiederum in die Ausarbeitung ihrer Präsentationen einfließen ließen. Die Schwerpunkte lagen dabei auf dem SGB II, SGB XII und dem Ausländerrecht. Im Rahmen dieses Theorie-Praxis-Austauschs

wurde eine Broschüre entwickelt, in der die Präsentationen der Studenten festgehalten wurden.

Über einen **Kooperationsvertrag mit der KatHO** konnte die Arbeit der Einrichtung und der Beratungsarbeit bei der Praxisbörse vor zahlreichen Studenten vorgestellt werden. Ein Teil von ihnen besuchte den Vingster Treff vor Ort und konnte einen Einblick in die tägliche Arbeit gewinnen.
Die Beratungsstelle nahm auch an der Fachtagung der Caritas zum Thema Armut teil.

Durch **den aktiven Sitz im ARGE Beirat** konnten beratungsspezifische Probleme, die vermehrt bei ALG II Beziehern auftraten, gezielt angesprochen werden. Ebenso war die Kooperation und die **Mitarbeit mit dem Kundenreaktionsmanagement** der ARGE bei schwierigen Fällen sehr hilfreich.
Aufgrund drohender städtischer Kürzungen im kommunalen Haushalt für das Jahr 2011 hat sich der **Vingster Treff aktiv in Koordination mit dem Beratungsnetz an unterschiedlichen Aktionen beteilig**t, um auf die finanzielle Situation und den damit möglicherweise wegfallenden Leistungen für die Ratsuchenden aufmerksam zu machen. So war die Teilnahme an der Aktion „Kölner gestalten ihre Zukunft“ vor dem historischen Rathaus in der Kölner Altstadt ebenso Ausdruck eines Protests, wie die **Teilnahme am HöVi-Domino Tag**, bei dem auf den Dominoeffekt der Kürzungen aufmerksam gemacht wurde. Wichtig war auch die **gemeinsame Formulierung eines offenen Briefes gemeinsam mit dem KALZ stellvertretend für das Beratungsnetz** an den Rat der Stadt, um die drohenden Kürzungen abzuwenden.

Ebenso wurde **gemeinsam im Beratungsnetz ein Pressegespräch** durchgeführt.

Der Jahresbericht 2009 des Beratungsnetzes wurde mit seinen Ergebnissen im Frühjahr 2010 im **Sozialausschuss vorgestellt**, mit dem Ziel auf die wichtige Arbeit des Beratungsnetzes für die Menschen in Köln aufmerksam zu machen.

Angebote Kölner Beratungsnetz in 2010

Beratungsangebote

Schuldnerberatung
Mieterberatung

Rechtsberatung, Schwerpunkt Zuwanderungsgesetz

KDU- Kosten der Unterkunft

Ernährungsberatung

Energieberatung

Sozialberatung in russischer Sprache

Multiplikatoren-fortbildungen

Rechte und Pflichten SGB II und III

Zuwanderungs- und Staats-angehörigkeitsgesetz

Fortbildungsveranstaltungen
Einführung in die Grundlagen der Schuldnerberatung
Schuldenprävention
Schuldenfallen lauern überall

Behörden

Kundenreaktionsmanagement

Infoveranstaltungen

Aktuelle Änderungen im SGB II 2010

Rechte und Pflichten (SGB II und III)

Zumutbarkeit von Arbeit (SBG II und III)

Armut

Aufenthaltsrecht

Präventionsveranstaltung Schuldnerberatung

Deutsches Gesundheitswesen (für russisch sprechende Ratsuchende)

Schwangerschaft und Familienplanung (für russisch sprechende Ratsuchende)

Mutter-Kind-Kur

Einführung Rückenschule

Einführung Qi- Gong

Erklärung Hartz IV Bescheid

Aufenthaltsrecht

Kurse

Sprachkurse

EDV Kurse

Bewerbungstraining & Bewerbungstrainingsmodule

Alphabetisierungskurse

Integrationssprachkurse

Förderungsangebote für Kinder und Jugendliche

Einzelcoaching für Jugendliche in das Berufsleben

Nachhilfeangebote

PC Gruppen

Hausaufgabenbetreuung

Eltern-Kind-Gruppen

Kreativangebote

Offene Angebote/Treffen

Selbstbewusst trotz Arbeitslosigkeit – Geht das?

Multikulturelles Frauenfrühstück

Frühstückstreff für Alleinerziehende

Freizeit- und Ferienangebote
Sportangebote (Bewegung und Entspannung)

Spielnachmittag für Mütter und Väter mit Kindern im Alter von 5-7 Jahren

Seniorentreff „Fit für 100“

Seniorenmittagstisch

Russische Seniorengruppe

Computerclub

Frühstücksbuffet

Freitagsfrühstück für Menschen mit und ohne Arbeit

Mittagessenangebote

Cafe Schatztruhe (Treffpunkt im Stadtteil)

Vereinstreff im Waggon

Nachtcafe

Dienstleistungen

Wäscherei mit Bring- und Holservice
Catering
Fahrradreparatur
Kinderfriseur
Raumvermietung
Stadtteilzeitung
Seniorenkalender
Holzwerkstatt Reparatur von Möbeln, Kunstgewerbe
Schreinerei (Anfertigung von Kleinmöbeln, Reparaturen etc.)
Vorbereitung zur Einrichtung einer Lebensmittelausgabe

Veranstaltungen

Stadtteilfeste
Sommerstraßenfest
Weihnachtsmarkt
Weltfrauentag
Hennaabend
Krabbelstube
Ferienfreizeit